

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 30. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis (Pränumerando):  
Bierjahres 2,50 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisklasse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
eine oder deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gemeinschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-  
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inzerate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Armenpflege und Tuberkulose.

Von den Fragen, mit denen sich die diesjährige Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit beschäftigt hat, dürfte die Besprechung der Aufgaben der Armenpflege bei der Bekämpfung der Tuberkulose das größte Interesse beanspruchen. Der Dezerent der Charlottenburger Armenverwaltung, Stadtrat Samter, hat in einem ausführlichen Referat \*) die rechtlichen Pflichten und die praktischen Aufgaben der Armenpflege im Kampf gegen die Proletarierkrankheit erörtert und auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen allen in der Kommunalverwaltung thätigen Personen, nicht zuletzt den Vertretern des Proletariats, wertvolle Fingerzeige und Anregungen für die Praxis gegeben.

Auf Grund statistischer Erhebungen aus verschiedenen Städten, die übereinstimmend beweisen, daß die ärmeren Schichten der Bevölkerung weitaus am meisten der Tuberkulose zum Opfer fallen, betont Samter das große Interesse der Armenpflege, bei dem Kampf gegen die Schwindsucht mitzuwirken. Neben dem finanziellen Interesse, sich durch rechtzeitiges Eingreifen Ausgaben in gar nicht abzusehender Höhe für ganze Generationen zu ersparen, kommt für die Armenpflege das rein menschliche in Betracht, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln Hand in Hand mit allen andern Kampfgenossen der bezümmenden Wirkung der Krankheit unter ihren Pfinglingen entgegenzuarbeiten und die nachfolgenden Generationen, wenn nicht ganz immun, so doch widerstandsfähiger gegen die Krankheit zu machen. Gerade der Armenpflege erwachsen bei der Tuberkulosebekämpfung wichtige Aufgaben, die man gegenüber dem Kampf gegen den Bacillus nicht hinstellen darf. Die moderne Armenpflege darf sich nicht auf ein bloßes Almosengeben beschränken, sondern sie hat ihren Pflegebefohlenen mit Rat und That hilfreich zur Seite zu stehen, sie hat vorwiegend zu wirken, sie soll nicht abwarten, bis ein Unterzuckerfall eintritt, sondern im voraus dafür sorgen, daß dieser überhaupt vermieden wird. Von diesem Gedanken ausgehend, dürfen die Gemeinden selbst vor größeren Aufwendungen nicht zurückweichen, sie müssen insbesondere, wie das an manchen Orten bereits geschieht, der Heilmittelbehandlung ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Es fragt sich nur, ob es angezeigt ist, Personen, die bisher der Armenpflege noch nicht anheimgefallen sind, ihr dadurch anheimzufallen zu lassen, daß die Armenverwaltung einen Teil der Kosten der Heilanstaltenübernahme übernimmt. Das Schweregewicht liegt dabei nicht sowohl in der Aufwendung von öffentlichen Mitteln, als in der dadurch möglicherweise eintretenden Beeinträchtigung der politischen Rechte. Wo man, wie z. B. in Berlin und teilweise auch in Köln an Stelle von Armenmitteln für alle solche Ausgaben, mindestens für Ordungsgehörige, besondere Wohltätigkeitsfonds verwendet, ist diese Schwierigkeit beseitigt. Dagegen bildet die Anweisung in dem bekannten Erlass des Reichsanwalters, die Gemeinden möchten außerhalb des Armenrats Summen zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Verfügung stellen, nur einen Vorbehalt, denn es ist durchaus nicht sicher, daß nicht der oberste Gerichtshof solchen Aufwendungen den Charakter der Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln beilegt, die den Verlust des Wahlrechts zur Folge haben. Mit Recht befürchtet Samter, daß, wenn öffentliche Armenmittel aufgewandt und dadurch die politischen Rechte beeinträchtigt werden, gerade die besten Elemente, die der Hilfe ganz besonders würdig erscheinen, aus wohl begründeter Scheu vor dem Verlust des Wahlrechts jede Hilfe ablehnen werden. Eine Reihe von Gemeinden, z. B. Charlottenburg, Hamburg, Mannheim, haben ja von Beginn an den Standpunkt eingenommen, daß Heilanstaltenbehandlungen, insbesondere solche bei Tuberkulose, schon deshalb nicht als Armenunterstützungen aus öffentlichen Mitteln im Sinne der Wahlgesetze anzusehen sind, weil sie nicht lediglich im Interesse des einzelnen Kranken, sondern mindestens ebenso sehr zugleich im Interesse der gesamten Bürgererschaft liegen. Aber, wer weiß, ob nicht einmal eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, für Preußen wenigstens, die Gemeinden zwingt, ihren humanen Standpunkt aufzugeben? Soll wirklich erfolgreich der Kampf gegen die Tuberkulose seitens der Gemeinden aufgenommen werden, so beseitige man zunächst die hemmenden Bestimmungen der Wahlgesetze. Erst dann wird die Heilanstaltenbehandlung ihre segensreichen Wirkungen voll entfalten können.

Neben den Heilanstalten für Lungentranke, deren es zur Zeit in Deutschland, abgesehen von 27 privaten für unbemittelte Kranke 71 aus Mitteln der Versicherungsanstalten errichtete giebt, die insgesamt jährlich mehr als 30 000 Kranke aufnehmen können, kommen eine Reihe von Vereinen zur Fürsorge für kranke Arbeiter in Betracht, die neben anderer Thätigkeit auch der Bekämpfung der Tuberkulose besondere Aufmerksamkeit widmen. Als Infektionskrankheit ist die Tuberkulose nach denselben Grundsätzen zu bekämpfen, die sich bei der Bekämpfung anderer Seuchen bewährt haben. Die hauptsächlichsten allgemeinen Maßnahmen sind daher: die möglichst frühzeitige Ermittlung der Kranken, die Vernichtung der von ihnen ausgestreuten Krankheitskeime und die Absonderung der Kranken von den Gesunden, solange sie Krankheitskeime aus ihrem Körper ausscheiden, um die Übertragung der Krankheit auf andre zu verhindern. Hiernach ist der Weg, den die Bekämpfung der Tuberkulose zu gehen hat, klar vorgezeichnet: Heilung der noch heilungsfähigen Kranken; möglichst Vermeidung der die Krankheit verursachenden

und weiterverbreitenden Bacillen, aber auch die rechtzeitige Beseitigung der Krankheitsanlagen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse sowohl der Gefährdeten als der gesamten Bevölkerung, um den Körper widerstandsfähiger zu machen.

Von den Vorschlägen Samters im einzelnen verdient neben der Forderung der Aufklärung durch Wort und Schrift die Anregung der obligatorischen ärztlichen Untersuchung bei der Schulentlassung besondere Beachtung. Es sollen hierdurch Kinder, bei denen auch nur die Gefahr der Tuberkuloseerkrankung besteht, vor dem Eintritt in ungeeignete Berufe bewahrt werden. Ein weiterer Vorschlag bezieht sich auf die Meldepflicht bei Todesfällen und beim Wohnungswechsel von Tuberkulösen zwecks Ermöglichung einer Zwangsdesinfektion zur Verhütung weiterer Ansteckung. Am wichtigsten wird allerdings bis auf weiteres immer die Heilstättenbehandlung bleiben. Die Heilstättenbehandlung kostet in Deutschland jetzt durchschnittlich 300 M. für den einzelnen Fall. Das ergibt bei 30 000 jährlich behandelten Personen eine Jahresausgabe von etwa 10 800 000 M. Nimmt man an, daß durch die Heilstättenbehandlung nur bei 15 000 Menschen die Erwerbsfähigkeit nur auf drei Jahre verlängert wird, und legt man nur den minimalen Jahresverdienst von 500 M. zu Grunde, wie das kaiserliche Gesundheitsamt einmal gethan hat, so ergibt das einen jährlichen wirtschaftlichen Gewinn von 7 500 000 M. und für die drei Jahre einen Gewinn für das Nationalvermögen von mehr als 22 Millionen. In Wirklichkeit stellt sich die Rechnung noch viel günstiger, denn ganz außer acht gelassen sind dabei die Summen, die ohne das Heilverfahren in diesen drei Jahren für den Unterhalt des erwerbsunfähigen Kranken und seiner Familie, für seine Behandlung in den allgemeinen Krankenanstalten und im Falle seines frühzeitigeren Todes für sein Begräbnis und die Versorgung der hinterlassenen Familie hätten aufgewendet werden müssen, von den weiteren Aufwendungen, unter Umständen für ganze Generationen seiner erblich belasteten Nachkommen, gar nicht zu reden. Es ist also klar, daß die Armenpflege in ihrem eigenen Interesse handelt, wenn sie den zur Heilstättenbehandlung geeigneten Kranken die Möglichkeit dazu giebt.

Eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit ist aber nur dann möglich, wenn auch die Frühformen der Tuberkulose, die Skrofulo und die Tuberkulose-Erkrankungen im Kindesalter überhaupt energischer als bisher ins Auge gefaßt werden. Hier bleibt den Gemeinden ein reiches Feld der Betätigung, indem Kinder auf Gemeindelosten in Heilstätten oder Ferienkolonien entsandt werden.

Soll die Behandlung in der Heilstätte den gewünschten Erfolg haben, so darf der seelische Zustand des Kranken während der Kur nicht außer acht gelassen werden. Die Erfahrung zeigt, daß nicht selten Kranke es ablehnen, in die Heilstätte zu gehen oder daß sie vorzeitig aus ihr entlassen werden müssen, weil sie die Sorge um die Familie quält. Das psychische Moment ist wie überall auch hier von großer Bedeutung. Deshalb wird da, wo die von der Landesversicherungsanstalt gewährte Familien-Unterstützung nicht ausreicht oder wo es sich um Nichtversicherte handelt, die Armenpflege eingreifen müssen, damit der Kranke ungehört durch die Sorge um seine Handhablichkeit die Kur auf sich wirken lassen kann. Natürlich soll auch hier wieder, so lange die Wahlgesetze nicht geändert sind, Maßnahmen dagegen zu treffen, daß derartige Weisheiten nicht den Verlust des Wahlrechts zur Folge haben. Auch nach der Entlassung aus der Heilstätte darf der Kranke nicht einfach seinem Schicksal überlassen werden, die Armenpflege hat zu prüfen, ob er sich kräftige Nahrung und gesunde Wohnung leisten kann und gegebenenfalls helfend eingzugreifen.

Namentlich der Wohnungsfrage ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Enge Wohnungen, Mangel an Luft und Licht bilden einen der Hauptnährböden für die Verbreitung der Tuberkulose, und gerade in den Großstädten mit ihren fast unerschwinglichen Mieten für die kleinsten Wohnungen ist die ärmere Bevölkerung gezwungen, sich mit dem denkbar geringsten Raum zu begnügen. Heilstätten und Vergleichen werden immer nur einen kleinen Teil aller Tuberkulösen und Tuberkuloseverdächtigen und auch ihn immer nur auf einige Zeit aufnehmen können; für die übrige lange Zeit sind sie alle immer wieder auf die enge, oft dumpfe und krankheitsfördernde Wohnung angewiesen. Solange nicht im Wohnungswesen eine erhebliche Besserung eingetreten sein wird, werden alle Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose erfolglos bleiben.

Sehr groß sind die Gefahren der Krankheitsübertragung in der Heimarbeit, weil gerade in ihr zahlreiche Personen thätig sind, die, zum Teil ausgesprochen tuberkulös, mindestens aber mehr oder weniger durch Krankheit oder erbliche Belastung geschwächt, weil zu anderer Arbeit nicht fähig, zur Hausindustrie übergegangen sind. Hier ist noch ein weites Feld für die soziale Fürsorge; die Richtung, in der vorgegangen werden muß, hat der diesjährige Heimarbeiterskongress mit anerkannter Klarheit angegeben.

Mit Recht weist Samter schließlich noch auf die Wichtigkeit der Ernährung hin. Hier hat die Armenpflege Anlaß zu ausgedehntester Betätigung. Der kräftig ernährte Körper vermag der Krankheit einen ganz andern Widerstand entgegenzusetzen als der durch ungeeignete oder nicht ausreichende Ernährung geschwächte. Sache der Armenpflege wird es sein, hier gerade bei den noch nicht ausgesprochen Tuberkulösen vorzubeugen und durch Kräftigung des Körpers den Ausbruch der Krankheit zu verhüten; namentlich sollte sie von der Gewährung von Milch an solche Personen ausgiebigen Gebrauch machen.

Es muß anerkannt werden, daß in den letzten Jahren schon viel zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit geschehen ist. Das beweist die Abnahme der Sterblichkeit. Der größte Teil der Arbeit in diesem Kampfe aber liegt noch vor uns. Aufgabe

aller derer, denen das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, wird es sein, hier helfend eingzugreifen. Mögen insbesondere die sozialdemokratischen Gemeindevertreter jede sich ihnen bietende Gelegenheit benutzen, die Gemeindeverwaltungen an ihre sozialen Pflichten zu erinnern!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September.

#### Bremer Nachspiele.

So lange die Konservativen nicht im Stande sind, die Socialdemokratie leidenschaftlich zu erschlagen, bemühen sie sich eifrig, sie totzuschweigen. Sie fürchten, daß die rückständigen Menschen, die ihnen noch anhängen, und nur irgend etwas von Socialdemokratie vernachlässigen, der Anstehungsgefahr unterliegen können. So führt auch jetzt wieder die offiziöse Parteikorrespondenz der preussischen Konservativen im Wettstreit mit dem sächsischen Regierungsorgan Klage über die Unterjüngung, welche zahlreiche bürgerliche Blätter der Socialdemokratie zu teil werden lassen, indem sie sich überhaupt nur ausföhrlicher mit ihr und mit ihren Parteitag befassen. Die Konservativen erklären die socialdemokratischen Parteitage als Reklame und Komödie, die man nicht durch eifrige Beachtung fördern sollte; man begreift, daß diese Art, den politischen Gegner zu würdigen, der konservativen Hirnträgheit vollstaus entspricht, dazu bedarf es feinerer Wissenschaft und feinerer Lernens.

Es wird dem bezeichneten führenden Organe der Konservativen wenig behagen, daß gerade im Augenblick ihrer Enthaltensmahnung die bürgerliche Presse, welche nicht dem Wahne halbig, mit der nebenstarken Dummheit sei gegen die Socialdemokratie etwas ausgerichtet, sich wiederum besonders umfassend mit den socialdemokratischen Angelegenheiten und Entwicklungen befaßt. Dies kann auch nicht anders sein, es mühte schließlich um die geistigen Fähigkeiten der bürgerlichen Welt bestellt sein, als es um sie bestellt ist, wenn ihre Presse nicht wenigstens den Versuch machen sollte, die Socialdemokratie zu ergründen.

Allerdings, diese Ergründungsversuche, die seit dem Bremer Parteitage wiederum in Hülle unternommen werden, sind nicht minder erfolglos wie der konservative Aberglaube, uns durch das Schweigen der Dummheit besiegen zu können. Es gewährt uns reichlichsten Genuß, die bürgerlichen Zeichendeuter sich mühen zu sehen, wie sie allerlei seltsame Putzmagungen über unsere inneren Zustände und über unsere Zukunft erdenken und wunderliche Hoffnungen sich in den Kopf setzen. Von solchen Seltsamkeiten und Wunderlichkeiten bringt gerade der heutige Tag eine erkelliche Menge.

Insondere ist da ein großer Artikel der „Kölnischen Zeitung“ bemerkenswert. In Anknüpfung an den Parteitag stellt das leitende Blatt des Nationalliberalismus die Frage „Socialreform oder Scharfmacherpolitik?“ Die „K. Z.“ belämpft ganz verständig eine Scharfmacherpolitik, die doch nur eine Stärkung der Socialdemokratie zur Folge haben kann und fordert Fortführung der Socialreform. Diese an sich vom bürgerlich-liberalen Gesichtspunkt verständige Auffassung beruht nur aber auf einer Begründung, die wir gelten lassen würden, wenn uns daran läge, daß unsere politischen Gegner sich in falsche Vorstellungen über die Socialdemokratie verirren. Wir haben jedoch nicht nötig, aus falschen Beurteilungen unserer Gegner über unsere Ansichten und Absichten Vorteile zu ziehen, wir wünschen vielmehr von Freund und Feind die völlige Klarheit über das was ist. Und weil wir Klarheit wollen, darum gestehen wir offen, wie sehr uns die Illusionen der „Köln. Zeitung“ erheitern.

Nach Dresden entbedte die bürgerliche Presse einen gewaltigen Sieg des „revolutionären Radikalismus“. Jetzt entbedt die „Köln. Zeitung“, daß „mit dem Parteitag in Bremen wieder ein beträchtliches Stück auf dem Wege zurückgelegt worden ist, auf dem die socialdemokratische Bewegung seit einigen Jahren mit einer Art Naturnotwendigkeit vorwärts geht, ein Stück von der Revolutionstafel zum Revisionismus, von der intransigenten zur opportunistischen Taktik“. Ueberall sieht die „Kölnische Zeitung“ in den Bremer Vorgängen steigenden „Revisionismus“. Ja, die „Kölnische Zeitung“ wirft die Frage auf, „ob sich die Socialdemokratie oder auch einzelne gewichtige Teile derselben aus einer von der Regierung wie von den bürgerlichen Parteien grundsätzlich bekämpften Revolutionspartei zu einer stark sozialen und liberalen Revolutionspartei durchmausert.“

Was ist geschehen, daß die „Kölnische Zeitung“ sich solchen Hoffnungen erleihe? Die vernichtende Kritik des Antrages auf Agitation unter den zum Militär ausgehobenen Rekruten, die Beurteilung des anarchischen Generalstreiks, die Behandlung der Kaiserfeier, — das alles seien „bedeutungsvolle, jedoch ausnahmslos auf den Grundton der Frage des Revisionismus abgestimmte Gegenstände“. Die „Kölnische Zeitung“ scheint also wirklich die absonderliche Auffassung zu hegen, daß der „revolutionäre“ Parteitag in Dresden diese Fragen anders behandelt haben würde als der Bremer Parteitag. In Wahrheit bedeutet es eine erstaunliche Unwissenheit, wenn das nationalliberale Blatt annimmt, daß irgend eine dieser Fragen zu irgend einer Zeit in der Socialdemokratie anders, weniger „revisionistisch“ behandelt worden sei als in Bremen.

Vor allem aber glaubt die „Kölnische Zeitung“ eine Umwandlung der Socialdemokratie darin zu erkennen, daß „weite und maßgebende Kreise der Gewerkschaften“ eine neue Bekämpfung der Politik, insbesondere der Socialpolitik erstreben. Das Blatt sieht bereits eine Spaltung in zwei feindliche Lager „durch den Gegensatz zwischen der intransigenten Taktik der politischen Führer und der opportunistischen Taktik der Gewerkschaftsführer“. Zu dieser neuen Illusion

\*) Abgedruckt im 68. Hefte der Schriften des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit. Leipzig, Verlag von Dunder u. Humblot.



Die „Kölnische Zeitung“ gelangt durch eine geheimerweise völlig unrichtige Auffassung von der bisherigen Politik der Socialdemokratie und eine von der Phantasie voll erhofften neu gearteten Politik der Gewerkschaften. Da wird wieder geredet von der bisherigen Politik der absoluten Negation, von einer Politik nur zu Agitationszwecken. Von dieser Politik, so heißt es weiter, wollen nun aber die „Gewerkschaften“ nichts mehr wissen, um so weniger, je stärker sie geworden sind. „Die Gewerkschaften haben mit der Vermehrung und Vervollständigung der Unterföhrungseinrichtungen, mit der Ausgestaltung der Tarifverträge, mit dieser allmählich eintretenden Verhängnis der sozialen Verhältnisse den Charakter einer Klassenkampf-Partei abgestreift. ... An eine Lösung der sozialen Frage im kommunistischen Sinne denken sie nicht. ... Ihr Endziel ist nicht die Fabrikrepublik, sondern eine Fabrikkonstitution“ usw. Mit welcher Oberflächlichkeit die „Kölnische Zeitung“ diese Dinge behandelt, zeigt die Behauptung, „daß die Politiker nach wie vor den Generalfreilich und die Kaiserin als wirksamste Agitationsmittel verwerten wollen, während die Gewerkschaftler diesen Forderungen durchaus ablehnend gegenüberstehen“. Jeder, der die Verhältnisse nur von weitem kennt, weiß, daß die Politiker ebenso wenig jemals für den Generalfreilich zu haben gewesen sind, wie die Gewerkschaftler jetzt nicht daran denken, die Kaiserin abzulehnen.

Sodann beruft sich die „Kölnische Zeitung“ zur Begründung ihrer Illusionen auf die Ausführungen unseres Parteigenossen Köstlin, der die Zustimmung für einen Teil der sozialpolitischen Gesetze im Reichstage bekräftigt hat. Aus dieser Befürwortung glaubt die „Kölnische Zeitung“ folgern zu dürfen, daß die Gewerkschaften „immer mehr den Segen der staatlichen Socialreform zu schätzen wissen und lediglich auf die erreichbaren materiellen Vorteile sehen“. Schon sieht sie die „Spaltung in revolutionäre Demagogen und socialreformistische Gewerkschaftler“, und um diese Spaltung zu fördern, empfiehlt sie „eine geschickte Regierungs- und Parteipolitik“, statt einer Scharfmacherpolitik.

Die „revolutionären Demagogen“ werden durch die national-liberale Illusionsfähigkeit ebenso erweitert wie die „socialreformistischen Gewerkschaftler“. Ganz abgesehen davon, daß die Auffassung Köstlins über die Abstimmung der sozialpolitischen Gesetzesvorlagen keineswegs die Auffassung der „Gewerkschaften“ ist, wie die „Köln. Zeitung“ glaubt, niemandem mehr als den Vertreter dieser Auffassung werden die hoffnungsvollen Schlüsse ergötzen, welche die „Köln. Ztg.“ daraus zieht. Alles, was da wieder der Liberalismus entdeckt von tiefgehenden Gegensätzen zwischen den bösen Politikern und den braven und täglich an Brautheit zunehmenden Gewerkschaftlern ist nichts als lustiges Träumen und eitles Gefasel.

Nichts kann und ferner liegen als die Ablehnung von mancherlei Meinungsveränderungen, die in der deutschen Arbeiterbewegung bestehen. Das gewaltige Wachstum dieser Bewegung stellt stets neue Aufgaben und die Socialdemokratie ist gewiß nicht eine starre Masse, die den Entwicklungen der Zeit nicht folgt. Je mehr die Socialdemokratie sich ausbreitet und an politischem Einfluß gewinnt, um so eifriger studiert sie die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn es gilt, große Ideale in der harten Wirklichkeit anzubahnen; dabei können mancherlei Unterschiede in der Auffassung hervortreten, wie die gestellten Aufgaben am besten zu erreichen sind. Aber die bürgerlichen Parteien werden immer wieder enttäuscht werden, wenn sie sich der Illusion verschreiben, als könnten solche Meinungsveränderungen irgendwie die Bedeutung haben, welche die „Köln. Zeitung“ ihnen wiederum zuweist. Es ist das Verhängnis der bürgerlichen Parteien, daß sie niemals wirklich verstehen, was es mit der Socialdemokratie auf sich hat. Bald werden wir als blutdürstige Umstürzler verschrien, bald beschuldet man, daß wenigstens ein Teil der Bewegung seinen Frieden machen will mit dem heutigen Staat, mit dem Kapitalismus. Das eine ist so triftig wie das andre.

Um den Wirtswart der bürgerlichen Socialistenbefehdung vollständig zu machen, hat nun schließlich die „Berl. Ztg.“ den Köstlinischen Entdeckungen die allerneueste und allerhöchste angereicht. Der Aufsatz des Parteivorstandes in unserer gestrigen Nummer entlockt dem Blatte den freudigen Ruf: „Der Revisionismus dringt vor.“ Soeben offenbart die „Köln. Ztg.“, daß die revisionistischen Gewerkschaften sich von den revolutionären Politikern trennen wollen, die „Berl. Ztg.“ aber enthüllt, daß die revolutionärsten der revolutionären Politiker selbst „Revisionisten“ geworden sind!

Nach solchen Leistungen der liberalen Geister mag man schließlich begreifen, daß die konservativen Schädler überhaupt verzagen, die Socialdemokratie geistig zu bekämpfen.

### England in Mittelasien.

London, 27. September. (Eig. Ver.)

Dank dem japanisch-russischen Kriege ist England in Stande, sein mittelasiatisches Programm: Arabien, Sibirien, Afghanistan und Tibet dem russischen Einflusse endgültig zu entziehen, mit Erfolg auszuführen. Der Vertrag mit Tibet stellt den Buddhistenstaat unter britische Oberherrschaft. Der wichtigste Artikel dieses Vertrages ist unter IX zu finden, der Tibet unterwirft, ohne Wissen und Zustimmung der Briten mit irgend welcher fremden Macht in Verbindung zu treten oder Ausländern irgend welche Konzessionen zu gewähren; die ganze äußere Politik Tibets hängt nunmehr von England ab. Dann besetzen die Briten das Schumdi-Thal (im Süden Tibets), das erst geräumt werden soll, wenn Tibet die stipulierte Kriegsschadigung von 10 Millionen Mark gezahlt haben wird. Da die tibetanische Regierung wahrscheinlich nicht im Stande sein wird, diese Summe zu zahlen, so dürfte das Schumdi-Thal, der beste Zugang zu Tibet im Besitze der Briten bleiben. Dieser Sieg ist, wie bekannt, eigentlich über Rußland errungen worden.

Ein ähnlicher Kampf spielt sich gegenwärtig im nordwestlichen Distrikt des Persischen Meerbusens ab. An diesem Kampfe, der wieder zu Gunsten Englands ausfällt, ist nicht nur Rußland, sondern auch Deutschland interessiert. Inerst Rußland: seit dem Frieden von Tulkomanschai (1828), in dem Rußland über Persien der Sieger war, hat die russische Diplomatie, den Traditionen Peters des Großen folgend, nicht aufgehört, ihren Einfluß in Persien zu befestigen. Erwischt sich der englische Einfluß als zu stark, so wird Rußland zeitweilig zurück, um bei günstiger Gelegenheit einen kräftigeren Sprung machen zu können. Den besten Sprung hat Rußland in Persien vor vier Jahren gemacht, als die Briten in Südafrika engagiert waren. Rußland gewährte dem geldbedürftigen Schah eine Anleihe von 22 500 000 Rubel, wofür es bedeutende Eisenbahn-Konzessionen erhielt, sowie die Erlaubnis, die transkaspische Bahn nach dem Persischen Meerbusen fortzusetzen.

Dann kommt Deutschland in Betracht: Seit der Inangriffnahme der Bagdadbahn-Pläne ist auch Deutschland als politischer Konkurrent am Persischen Meerbusen erschienen. Die Bagdadbahn soll ihre Endstation bei Kueit, an der nordwestlichen Küste des Meerbusens, haben.

Wie vor wenigen Jahren war die Frage, wem Kueit gehöre, noch nicht entschieden. Dieser an Arabien grenzende Distrikt wird von einem Scheich namens Mbaral regiert. Aber es ist zweifelhaft, ob Mbaral souverän ist. Abdul Hamid behauptet, Kueit stehe unter türkischer Oberhoheit. Nun ist der Sultan der Freund Wilhelms II. und wäre nicht abgeneigt, seinem deutschen Freunde einen Dienst

zu erweisen und ihm den Zugang zum Persischen Meerbusen zu erleichtern.

Die Politik um den Persischen Meerbusen verdient die ernsteste Aufmerksamkeit, da sie die Keime des nächsten Krieges enthalten kann.

Gegenüber dieser russischen und deutschen Konkurrenz erklärt England, es könne aus Gründen der Sicherheit Indiens keine fremde Niederlassung am Persischen Meerbusen gestatten und werde im Notfalle zum äußersten greifen. Dies ist der Sinn der Erklärung Lord Lansdownes vom 5. Mai 1903.

Der obengenannte Scheich Mbaral wird seit einigen Jahren von England unterstützt. Im Herbst 1901 kam es zu einem Kriege zwischen Mbaral und dem vom Sultan unterstützten Emir von Reschid (Arabien). Der Scheich war anfangs erfolgreich, erlitt aber in der Folge eine Niederlage und befürchtete einen Einbruch des Emirs. Er rief deshalb die Engländer zu Hilfe, die sofort einige Kanonenboote nach dem Hafen von Kueit entsandten. Nun erschienen auch türkische Truppen, da der Sultan — wie früher gesagt wurde — Suzeränitätsansprüche auf jene Distrikte macht. Die Engländer ließen sich jedoch nicht abschrecken und drohten mit Gewalt, worauf sich die Truppen des Sultans zurückzogen. Mbarals Herrschaft in Kueit wurde dadurch befestigt, ebenso der englische Einfluß im Nordwesten des Meerbusens.

Im Winter 1903 unternahm Lord Curzon, der Statthalter von Indien, eine Reise nach dem Persischen Meerbusen, um die alte Freundschaft mit den dortigen Stämmen zu erneuern. Mbaral wurde besonders ausgezeichnet.

Vor wenigen Wochen wurde vom Sultan wieder der Versuch gemacht, Mbarals Herrschaft zu brechen, denn der Scheich gewinnt offenbar an Einfluß in Arabien und fördert dort die englischen Pläne. Mbarals arabischer Bundesgenosse ist Scheich Jbu Saud, Häuptling der Wahabiten. Dieser wurde vom Scheich Jbu Reschid, der über türkische Hilfstruppen und russische Geldmittel verfügt, angegriffen. Anfangs mit Erfolg, aber Jbu Saud wurde sofort von Mbaral unterstützt und schlug die türkisch-russischen Truppen an's Haupt. Fast die ganze Westküste des Persischen Meerbusens fällt nun unter den Einfluß Mbarals, d. h. Englands.

### Friedens-Kongressele.

Bekanntlich tagte in den letzten Wochen in Saint Louis der Kongress der interparlamentarischen Union zur Förderung des Weltfriedens. An diesem Kongress nahmen auch mehrere deutsche Abgeordnete teil, so die Herren Dr. Arendt, Dr. Paasche, Gerstenberger, Zwiad, Rosenow, Goldschmidt usw. Neben den freiständigen Abgeordneten, die ja an Friedenskongressen seit jeher teilzunehmen pflegen, befanden sich also auch mehrere ergoaktionäre deutsche Parlamentarier, die sich im Parlament in der Förderung des Militarismus und Marinismus nicht genug thun können. Schon hieraus geht hervor, welche einen Quindub dieser selbständige Friedenskongress darstellt.

Selbstverständlich hat man dem auch leeres Stroh gedroschen. Abgesehen davon, daß der offizielle Vertreter der amerikanischen Regierung den Kongress dazu mißbrauchte, für eine internationale Bekämpfung des — Anarchismus Propaganda zu machen, bestand der ganze Zweck der Friedenskongresserei darin, daß ein Beschluß zu stande kam, durch den die amerikanische Regierung erucht wurde, die Friedenskonferenz im Haag a b e r m a l s einzuberufen. Wie wir schon gestern mitteilten, denkt aber die amerikanische Regierung im Ernste gar nicht daran, diesen Beschluß zu realisieren, der, wenn er verwirklicht würde, auch noch nicht die mindeste Bedeutung haben würde. Der Kongress von St. Louis war also nichts als ein weiteres Jugmittel für die Weltandstellung. Die Herren Arendt, Paasche, Gerstenberger und Konforten aber werden, sobald sie nach Deutschland zurückkommen, im Reichstage munter für die weitere Vermehrung unsrer Land- und Seestreitkräfte eintreten!

Der Centrums-Abgeordnete Gerstenberger bemühte diese Anwesenheit in St. Louis übrigens auch dazu, um nach deutsch-ultramontanem Vorbilde für einen „katholischen Volksverein“ Propaganda zu machen, der zur Bekämpfung der amerikanischen Socialdemokratie dienen sollte. Herr Gerstenberger sprach dabei die Ueberzeugung aus, daß die Flutwelle des Socialismus sich auch bald über America ergießen werde. Wir hoffen sehr, daß Herr Gerstenberger recht behalten wird!

### Deutsches Reich.

#### Die Behandlung der Auswanderer.

Seit der Schilderung der Erlebnisse unsrer Berichterstatters in Anstalten hat sich eine wesentliche Wandlung vollzogen. Während bis dahin die bürgerliche Presse unsre Enthüllungen über das Treiben der Schiffahrtsagenten und die Behandlung der russischen Militärflüchtlinge fast vollständig totgeschwiegen hatte, läßt sie sich jetzt aller Augenblicke durch lange Auseinandersetzungen „von zuständiger Seite“ erleuchten, so daß die gesamte Öffentlichkeit erfüllt ist mit Rechtfertigungen der Schiffahrts-Gesellschaften. Wir haben diese Rechtfertigungen schon mehrmals auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Heute giebt die „National-Zeitung“ wieder einer Rechtfertigung Raum, die den „Hamburger Nachrichten“ entnommen ist. Sie behandelt alles und noch etwas: die Entschuldig, Verschaffenheit, Frequenz und die Kosten der Stationen, die Schwierigkeiten, die den Schiffahrts-Gesellschaften durch die Auswanderer entstehen (Profit haben diese armen Gesellschaften ja von den Auswanderern nicht). Auf unsre ganz bestimmten Feststellungen zahlreicher Einzelfälle geht sie jedoch mit keinem Worte ein.

Den besten Beweis dafür, daß alles in Ordnung sei, findet die „National-Zeitung“ in dem Umstande, daß in den elf Jahren des Bestehens der Kontrollstationen noch nicht elf Beschwerden über sie eingelaufen seien.

Wir können der „National-Zeitung“ verraten, daß uns, seit wir mit der Beschreibung der Zustände begonnen haben, zu der wir erst durch uns zugegangene Beschwerden veranlaßt wurden, massenhaft weitere Beschwerden zugegangen sind. Nur können wir bei unsren Pöhrschisverhältnissen nicht auf jede derselben eingehen, weil sie oft von weither kommen, so daß uns eine Prüfung und die Beschaffung unanschreibbarer Beweismaterials nicht immer möglich ist.

Zu erwarten, daß sich mißhandelte russische Auswanderer bei den Schiffahrtsagenten oder den deutschen Behörden beschwerten sollten, setzt übrigens eine vollständige Unkenntnis der Menschen und der Dinge voraus. Wer erwartet wohl eine Beschwerde von einem russischen Militärflüchtling, der wieder an die Grenze gebracht wird und wer erwartet, daß sie ihm etwas nütze?

Alle diese Rechtfertigungen können unsre tatsächlichen Feststellungen nicht aus der Welt schaffen und haben das auch noch nicht einmal versucht. Und rechtfertigen lassen sich diese Thatfachen nicht.

#### Der interviewte Reichskanzler.

Ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ hat den Grafen Bälou interviewt, um ihn über seine Unterredung mit Giolitti auszufragen. Graf Bälou hatte aber nichts zu erzählen. Der Besuch Giolittis sei in erster Linie persönlicher Natur gewesen. Er sei seit langem mit dem italienischen Ministerpräsidenten befreundet. Wenn es aber Spaß mache, könne in diesem Besuche zugleich „ein Zeichen unsrer guten Beziehungen zu Italien“ sehen.

Gar nicht daran zu denken sei, daß es sich um eine Intervention in Ostasien handle. Die deutsche Regierung stehe gleich der französischen auf dem Standpunkte, daß da einzuweisen, bevor mindestens ein Teil den Wunsch dazu geäußert habe, nichts zu vermitteln sei.

Ueber den kürzlichen Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten ließ sich Bälou dahin aus, daß er mit diesem Herrn ebenfalls gut bekannt sei: Uebrigens „hoffe“ er, daß der Handelsvertrag „befriedigend für beide Teile“ ausfallen werde.

Das das wertvolle Ergebnis des Interviews! Der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ erzählt freilich außerdem auch, daß auf des Reichskanzlers Schreibtisch auch eine Broschüre Kautskys paradiert habe. Sollte das immer noch der „grüne Vödel“ für den Zukunftsstaat“ gewesen sein, oder sollte Graf Bälou wirklich den heroischen Entschluß gefaßt haben, außer dem Bäckmann auch noch in andern Schriften zu blättern? —

#### Fort mit den Missionaren!

Als zur Zeit des Voger-Kustandes die socialdemokratische Presse auf Grund zuverlässiger Mitteilungen von Chinakennern gegen die Missionare in China die Anschuldigung erhob, daß sie durch ihr Annäherndes, direkt in politische Verhältnisse eingreifendes Vorgehen die Erörterung des chinesischen Volkes miterschuldigen hätten, da fand die socialdemokratische Presse in der bürgerlichen Presse wenig Anklang. Zur Zeit des Balderes-Feßbages und der Kreuzzugsgeberüstung wählten diese Anschuldigungen wenig in den Kram unsrer Kolonialschwärmer. Auch wenn sonst die socialdemokratische Presse sich kritische Keuschungen über die Missionstätigkeit überhaupt gestattete, ließ sie auf wenig Gegenliebe bei unsrer Kolonialpresse. Das hat sich gründlich geändert, seitdem eine Anzahl Missionare in Südwestafrika human genug dachten, bei der Hege gegen die Hereros ihre Meinung dahin zu äußern, daß auch von den weißen Koloniatoren gegen die Eingeborenen in Südwestafrika zum Teil in sehr brutaler, ja geradezu verbrecherischer Weise verfahren worden sei. Diese Enthüllungen der Missionare über das skandalöse Verhalten eines nicht kleinen Teils unsrer südwestafrikanischen Kulturpioniere brachte urplötzlich eine völlige Wandlung in der Beurteilung der Missionstätigkeit hervor. Die Missionare waren nun nicht mehr die notwendigen Träger der christlichen Kultur, die doch in erster Linie den Eingeborenen als kolonialer Segen gebracht werden sollte, sondern sie waren unpraktische und ungerechte Idealisten, die die Kolonialarbeit durch ihre Unerreichbarkeiten nur schädigten.

In dieser Tonart polemisiert auch heute ein Leitartikel in der „National-Zeitung“ gegen die Missionare und ihre Tätigkeit. Der Wert des „Evangeliums“, das die Missionare verbreiten, wird in diesem Artikel gleich Null gewertet und an den Missionaren nun das gelobt, daß sie teilweise wenigstens vernünftig genug gewesen seien, die Schwarzen zur Arbeit anzuhalten, wobei sie „nebenbei trotzdem“ das Christentum einzuführen versuchten. Diese Fälle seien aber leider nur in der Minderheit vorhanden. Deshalb sei die Missionstätigkeit nur von sehr untergeordneter Bedeutung, und der eigentliche Kulturträger sei der Farmer und Kaufmann, nicht der Missionar.

Aus diesem Herzenserguß ist so recht ersichtlich, welche Heuchelei unsre kolonialpolitische bisher mit der Heidenmission getrieben haben. Nicht die Befreiung der „blinden Heiden“ liegt diesen Herren am Herzen, sondern lediglich der materielle Vorteil der kolonialpolitisch, und sobald sich die Missionare erdreisten, unsrer Kolonialabenteurern ein wenig auf die Finger zu sehen, möchte man sie am liebsten als „lästige Elemente“ per Schuß aus den Kolonien herausgeschickt haben! —

Vom franken Mirbach. Freiherr v. Mirbach ist vor einigen Tagen in Homburg eingetroffen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ ausführt, berechtigt diese Ankunft zu der Hoffnung, daß die Eddinghaus'sche Eddinghausangelegenheit nunmehr zur befriedigenden Erledigung kommt. „Der nach Düsseldorf verlegte vormalige Landrat Eddinghaus hat vor mehreren Wochen auf eine Anfrage des Homburger protestantischen Kirchenvorstandes die Mitteilung ergeben lassen, daß er schon vor Jahresfrist die von ihm zum Bau unsrer Eddinghaus'schen Kirche 25 000 M. dem Freiherrn v. Mirbach zur Ablieferung befristet habe. Infolge dieser Mitteilung beauftragte der Kirchenvorstand seinen Vorsitzenden, eine briefliche Anfrage nach dem Verbleiben dieser Summe an Freiherrn v. Mirbach zu richten. Die Ablieferung dieses ansehnlichen Kapitals ist zwar bis zur Stunde noch nicht erfolgt; doch wird die Sache jetzt hoffentlich ins Reine kommen.“ —

Aus Hessen. Der Katholizismus wird häufig als das zuverlässigste Bollwerk gegenüber der Socialdemokratie angepriesen. Daß Katholizismus in der ultramontanen Presse gleich Centrum ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Tatsache ist, daß sich in den letzten Jahren wiederholt recht deutlich bemerkbar gemacht hat, wie gerade in streng katholischen Gegenden, speziell in solchen, wo politisierende Kaplanen ihr dem Centrum wohlgefälliges Handwerk ausüben, eine deutliche Wendung zum Abwärtigen in das socialdemokratische Lager bemerkt gemacht hat. Waren die Wahlergebnisse bei den Annapflichtswahlen im Ruhrgebiet recht lehrreich, so der Ausfall einzelner Gemeinderatswahlen in Hessen, wie uns geschildert wird, nicht minder. Mit Hilfe der abkommandierten Centrumschwärmer ist bei den letzten Reichstagswahlen im Kreise Offenbach der nationalliberale Kandidat gewählt worden, so wie früher mit ihrer aktiven oder passiven Hilfe der Socialdemokrat gewählt worden war. Aber es scheint sich jetzt zu bestätigen, was wir als sicher bedauernd angenommen haben: die katholischen Arbeiter, auch in den festesten Centrumsdörfern, jungen an selbständiger zu denken und zu handeln. Die päpstliche Brotwucherpolitik scheint sie doch allmählich fertig zu machen. Während in Dörfern mit gemischter Bevölkerung unsre Kandidaten bei den Gemeinderatswahlen unterlegen sind, haben unsre Genossen in drei streng katholischen Orten, die von Seiten ebenso schwarzer wie frommer Politiker jahresaus jahrein bearbeitet und vor der Socialdemokratie „gerettet“ wurden, ganz überraschende Wahlergebnisse errungen, so in Würzel und Mülheim bei Offenbach und in Ueberach (Kreis Friedberg). In Mülheim versagen unsre Genossen jetzt über die absolute Mehrheit im Gemeinderat, in Würzel und Ueberach ziehen sie zum erstenmal in das Gemeindehaus ein. Das Entsetzen der „Bürgerlichen“, wie sich die Schwarzen bei den Gemeinderatswahlen zu nennen pflegen, ist grenzenlos. Nachdem ihnen die katholischen Arbeiter bei den letzten Reichstagswahlen so hübsch in die Schlingen gegangen waren, zweifelten sie wohl nicht im geringsten an den glanzendsten Gemeinderatswahlen. Die Niederlage der Schwarzen ist um so niederschmetternder, als sie den socialdemokratischen Kandidaten eine blamable Niederlage zu bereiten beabsichtigten und deshalb in Versammlungen und in der Presse einen geradezu ekelhaften und zumeist rein persönlichen „Kampf“ führten. Die Erfahrungen, die im Kreise Offenbach gemacht worden sind, geben dahin: so lange die katholischen Arbeiter darauf verzichten, selbständig zu denken, gehen sie durch die Hand mit dem Herrn Kaplan, sobald sie anfangen, selbst zu überlegen, zu prüfen und zu politisieren, ist der Katholizismus durchaus nicht ein Hindernis für sie, sich der Socialdemokratie anzuschließen. Die besten und ältesten socialdemokratischen Organisationen, die es im Kreise Offenbach giebt, befinden sich in streng katholischen Gemeinden. —

#### Hänge-Peters,

der sich zur Zeit in Hannover aufhält, hielt am Mittwochabend einen Vortrag über die deutsche Kolonialpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Hereros-Aufstandes. Bei dem Vortrage auf die verflochtenen 20 Jahre deutscher Kolonialpolitik gedachte er wehmützig der „großen Ziele“, die ihm und andern deutschen Pionieren anfangs vorgeschwebt hätten und die auf ein großes deutsches Kolonialreich im Osten Afrikas hinausliefen. Das jetzige



Deutsch-Ostafrika sei nur ein trauriger Torso, dem man die besten Stücke abgegriffen habe. Trotzdem könnten wir auch den uns verbliebenen Rest noch nutzbar machen bei richtiger Bewirtschaftung. Als Vorbild stellt er das Verfahren der Engländer, namentlich in Rhodesia, hin, wo man erst die Verkehrswege schaffe durch Bau von Eisenbahnen und Straßen, um dann mit der Kulturarbeit zu beginnen. Für weniger nachahmenswert hält er die Behandlung der Eingeborenen seitens der Engländer, welche die Farbigen den Weißen politisch gleichstellten und dabei nicht berücksichtigten, daß ihnen die jahrhundertelange Schulung fehle. Die Schwarzen müßten überhaupt erst zur Arbeit erzogen werden; Schulbildung wäre für sie vorläufig noch nicht so sehr von Nutzen. Er empfiehlt die Einführung einer Art allgemeiner Arbeitspflicht nach dem Muster unserer Wehrpflicht. Auf den Herero-Kaufstand eingehend, glaubte er den militärischen Faktoren in Südwestafrika den Vorwurf nicht eriparen zu können, daß sie sich durch den Kaufstand haben aberzerrumpeln lassen. Die Schwierigkeiten, welche uns die Niederwerfung des Kaufstandes mache, bilde ein gewisses ironisches Pendant zu der deutschen Kritik des Boerenkrieges. Die Engländer hielten denn auch heute mit ihrer Schadenfreude über unsere Verlegenheiten nicht hinter dem Berg. Die gänzliche Unterdrückung der Rebellion lediglich durch weiße Truppen hält er für fast ausgeschlossen. Als Basis der Kriegsführung sei eine kleine und gut disciplinierte europäische Truppe notwendig; um den verstreuten Feind aber im Busch aufzusuchen und zu vernichten, bedürfe man schwarzer Truppen, die alle Stämme und Gewohnheiten ihrer Rassenkenntnis kennen — gerade wie man auf Ratten das Frettchen hege. (Ein gemütvoller Vergleich! Ganz Hänge-Peters!) Die Somalis z. B. stellten eine vorzügliche Polizeitruppe. Sie müßten mit den besten Waffen versehen und weichen Offizieren unterstellt sein, und abgesehen von allgemeinen Direktiven sollte man sie den Krieg so führen lassen, wie sie ihn gewohnt sind. „Langsamem Schritt“ brauchten sie nicht erst zu üben. Jedenfalls wäre es der größte Fehler, die Schutztruppe noch immer weiter zu verstärken und ein großes Feldlager aufzurichten. Sehr mißfällig äußerte sich Dr. Peters über den umständlichen und teuren Verwaltungsapparat in unsern Kolonien, über Afforenwirtschaft zc. Die Verwaltung sollte man lieber den Kolonisten selbst überlassen. Von allen Kolonisationsystemen, die er kenne, scheine ihm das unsrige das allerunpraktischste zu sein, bei welchem auf anderthalb Farmer sechs bis sieben Verwaltungsbeamte kämen. Doch giebt er die Hoffnung nicht auf, daß auch die Deutschen das Kolonisieren mit der Zeit lernen und dann auch hierin, wie auf so manchem andern Gebiet, schließlich den Vogel abschließen werden.

Beachtenswert ist an diesen Ausführungen weniger das, was Peters an positiven Vorschlägen bringt, als seine negative Kritik. Daß unsre deutschen Truppen ihre Sache in Südwestafrika durchaus nicht besser machen, als sie die englischen Truppen in ähnlicher Lage gemacht haben, daß vor allen Dingen die Deutschen bei einem Vergleich mit den englischen Leistungen im Boerenkrieg nicht allzu glücklich abzuwickeln, haben auch wir schon wiederholt hervorgehoben. Auch fürchten wir, daß Peters mit seiner Beurteilung der Kriegsaussichten in Südwestafrika recht behalten dürfte. Auch seine Verpöchtung des Afforenismus trifft entschieden das Richtige. Allerdings dürften sich die Kolonisten in ihrer Wehrheit auch für einen Beamten vom Schlage des Hänge-Peters bestens bedanken. Interessant ist die Aeußerung des Peters, der ja in kolonialen Kreisen trotz seiner Vergangenheit noch immer ein ziemliches Ansehen genießt, daß die Regier. zunächst zu Arbeitstieren abgerichtet werden müßten. Schulbildung sei für sie ein überflüssiger Luxus; politische Rechte vollends dürfe man ihnen nicht einräumen. Man sieht hieraus wieder einmal, was unter der „Kultur“ zu verstehen ist, die durch unsre koloniale Politik unter den Eingeborenen verbreitet werden soll! —

#### Die Lage in Südwestafrika

scheint dadurch noch eine Verschlimmerung zu erfahren, daß auch unter den Hottentottenstämmen des Südens ein neuer Aufstand auszubrechen droht. Nachrichten über kleinere Erhebungen sind ja bereits eingegangen. Gouverneur Leutwein soll nun mit einer Compagnie nach dem Süden aufbrechen, um mit den dort bereits stationierten Zweigcompagnien den Aufstand möglichst im Keim zu ersticken. Ob ihm diese Aufgabe sobald gelingen wird, darf wohl bezweifelt werden.

Wie aus Swakopmund gemeldet wird, hat der bekante Major v. Glasenapp am 22. September krankheitshalber die Heimreise angetreten. Major v. Glasenapp sicherte sich dadurch ein wenig räumliches Ansehen in unsern Kolonialgeschichten, daß er die Verfolgung der Hereros in einem so schändlichen Draufgängerstil aufnahm, daß er nicht nur mehrere Schlappen durch die Hereros erlitt, wobei er auch ein Maschinengewehr einbüßte, sondern daß er es durch seine ununterbrochenen Märsche auch fertig brachte, seine ganze zahlreiche Truppe durch Typhus und andre Krankheiten vollständig aufzureiben. Major v. Glasenapp hat also die Heimkehr reichlich verdient.

Berlin, 29. September. Reiter Hermann Hinz, früher Artillerie-Regiment Nr. 46 aus Neumünster am 20. September in Ostwarumende am Typhus gestorben. Im Gefecht beim Sambogberg am 30. August verwundet, Reiter Georg Fischer aus Berlin, früher 102. Regiment; gefallen Reiter Ferdinand Schulz aus Arefeld, früher 69. Regiment.

#### Ausland.

##### Italien.

#### Der Sieg der Landarbeiter von Magliano-Sabina.

Rom, 27. September. (Fig. Ver.)

Am Nachmittag des 26. haben die Grundbesitzer von Magliano sich endlich bereit erklärt, die Forderungen der Landarbeiter anzunehmen, die diese selbst auf drei Hauptpunkte reduziert hatten. So ist am 26. Tage seit der Proclamation dieser große und folgenschwere Streik — einer der größten Landarbeiterstreiks Italiens — beigelegt worden. Die materiellen Forderungen sind nicht sehr bedeutend: die Pächter — es sind alles Kleinpächter mit Kolonats-, Halbpaacht- oder Drittelpaachtvertrag — erhalten den verlangten Vorschuß des Saatforns, die Viehversicherung wird den Besitzern zur Last gelegt und schließlich wird den Streikenden eine große Fläche Landes zum Weizenbau verpachtet. Dies war die Hauptforderung, nachdem die Streikenden auf die Erhöhung des Ernteanteils verzichtet hatten.

Die moralischen Folgen des Sieges werden sehr groß und weit über die Sabina hinaus unter allen Landarbeitern der Latium fühlbar sein. Die Streikenden haben sich musterhaft gehalten und waren entschlossen, eher die ihnen teure Heimstätte zu verlassen und alle auszuwandern, als als Besiegte die Arbeit wieder aufzunehmen.

##### Rußland.

Die russischen Deserteure, die den russischen Behörden in die Hände fallen, werden, wie dem „Daily Chronicle“ aus Bukarest berichtet wird, mit furchtbarer Grausamkeit bestraft. Vom bloßen Erschießen wird als zu milde Abstrafe genommen. Auspeitschung und Schläge mit dem Ledestock sind die Strafmittel, die von den militärischen Behörden verhängt werden, während tatsächlich die Deserteure eigens für diesen Zweck ausgesuchten Unteroffizieren überliefert werden, die ihre zügellose Grausamkeit an den wehrlosen Opfern auslassen. In Kischinew ließen sich vor einigen Tagen zwei junge Leute in ein Faß einschließen, um der Aufmerksamkeit der Polizeibehörde zu entgehen. Ihre List wurde jedoch entdeckt, und das Faß mit seinem lebenden Inhalt wurde den Militärbehörden überliefert, die es über den harten unebenen Weg

nach der Kaserne rollen ließen. Dort wurde das Faß geöffnet, und die beiden Deserteure wurden herausgeholt. Sie waren beide fast tot. Damit ließen es die Militärbehörden jedoch nicht genug sein. Die beiden Deserteure wurden zur Kasse verurteilt, unter der sie beide tot liegen blieben. Selbstverstümmelung, um dem Militärdienst zu entgehen, wird in großem Maße geübt. Das Abschneiden von Fingern und selbst einer ganzen Hand oder eines Fußes ist in den Dörfern gar nichts Ungewöhnliches, so verhasst ist der Kriegsdienst unter der Bevölkerung Bessarabiens. Man berechnet, daß seit Beginn des Krieges über 4000 Mann aus Bessarabien nach Rumänien desertiert sind. —

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 29. September. Dem „Standard“ wird aus Tokio gemeldet, die japanische Presse weise ausnahmslos den Gedanken eines Friedensschlusses unter den augenblicklichen Verhältnissen zurüd und verlange Weiterführung des Krieges. In einem Waite werde ausgeführt, daß der Vorteil, den das englisch-japanische Bündnis gebracht habe, es empfehlenswert erscheinen lasse, dieses Bündnis bei seiner Erneuerung auch auf dem Gebiete außerhalb Chinas und Koreas auszudehnen. Japans Interessensphäre müsse nach dem Friedensschlusse in Ostasien erweitert werden. Als Gegenleistung könnte England auf die Hilfe Japans rechnen, falls seine Interessen in Persien und Indien durch Rußland bedroht werden sollten.

London, 28. September. „Daily Mail“ meldet aus Tschifu von gestern: Die Japaner sind bis 1800 Meilen an den Kampflinien vor Port Arthur vorgedrungen. Die von den Japanern genommenen Forts sind die Forts Nr. 4, 5 und 6. In Tschifu eingetroffene Chinesen berichten, daß der von den aus Tschifu nach vorgerückten Japanern unternommene Angriff unter großen, durch Minen hervorgerufenen, Verlusten für die Japaner abgeblieben wurde. Es ist fraglich, ob die Japaner alle eroberten Stellungen werden halten können, da dieselben im Schießbereich der großen russischen Forts liegen.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Tschifu von gestern telegraphiert: Aus Port Arthur ausgefahrene russische Torpedoboote haben mehrere japanische Dschunken, die nach Dalny unterwegs waren, abgefangen. Die großen russischen Schiffe verlassen auch gelegentlich den Hafen, aber niemals mehr als drei zu gleicher Zeit.

Einer Meldung der „Morning Post“ aus Schanghai zufolge wird der Angriff auf Port Arthur fortgesetzt. In der Nacht vom 28. war derselbe besonders heftig.

London, 29. September. „Daily Express“ meldet aus Tokio von gestern, dort mache sich eine gewisse Unruhe über die Dauer der Belagerung Port Arthurs bemerkbar. Eine Zeitung bemerkt bezüglich des Generals Kogi: Wir möchten dem General ein scharfes Schwert senden, das in unserm Bureau hängt. Das Mail will damit andeuten, daß der General sich das Leben nehmen müsse. Andre Zeitungen, die bereits den Fall der Festung triumphierend angekündigt hätten, schweigen jetzt. Man spricht jetzt offen die Befürchtung aus, daß die Festung sich noch zwei bis drei Monate halten könnte. General Kogi erhielt in den letzten Wochen Verstärkungen von 10 000 bis 12 000 Mann Infanterie und neue Belagerungsgeschütze. Die ganze Umgebung Port Arthurs soll mit russischen Minen, die gewaltigen Schaden anrichten, wie besät sein. Beide Parteien seien durch die Dauer des Kampfes erschöpft.

Tokio, 29. September. Eine Notstandsverordnung, durch die das Ansehungsgebot abgeändert wird, ist heute veröffentlicht worden. Danach wird die Dienstzeit für Reservisten zweiter Klasse von fünf auf zehn Jahre ausgedehnt und die Unterscheidung zwischen der ersten und zweiten Reservistenklasse aufgehoben. Die Reservisten werden der Dienstpflicht mit dem Alter von 37 Jahren entbunden. Die durch die Abänderung herbeigeführte Vermehrung der Armee macht eine Neuordnung der Divisionsorganisation notwendig. Der Plan hierfür ist noch nicht bekannt gegeben worden.

#### Kommunales.

##### Stadtvorordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 29. September 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Vor der Sitzung hat die Wahl und Konstituierung mehrerer Ausschüsse stattgefunden. Dem Ausschuss für die Vorlage betreffend die Pflicht-Fortbildungsschule gehören unter anderen an die Stadtvorordneten Dr. Arons, Bruns und Glöck (Soc.); dem Ausschuss für den Vorentwurf zum Neubau einer städtischen Fleischvernickungs- und Wertverwertungsanstalt die Stadtv. Augustin, Gottfried Schulz, Dr. Wehl.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen Referierung städtischen Terrains an der Sonnenburgerstraße ist die socialdemokratische Fraktion u. a. durch die Stadtv. Vorgmann und Hinge vertreten.

Dem Andenken des verstorbenen früheren Stadtv. Duednow widmet der Vorsteher einige ehrende Worte.

In die Straßenreinigungs-Deputation ist ein Mitglied zu wählen. Gemeldet sind die Stadtv. Dr. Arons (Soc.) und Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.). Gewählt wird Kuhlmann.

Zur Verhandlung gelangt zunächst der Antrag Haberland und Genossen:

den Magistrat zu ersuchen, möglichst gemeinsam mit andren Städten geeignete Schritte zur Abwendung der Gefahren einzuleiten, welche durch Bestimmungen des neuen Wohnungsgesetz-Vorschlages, insbesondere durch die beabsichtigten Änderungen des Fluchtliniengesetzes von 1875 der Selbstverwaltung der Kommunen drohen.

Stadtv. Haberland (A. L.): Der im letzten Sommer im „Reichs-Anzeiger“ publizierte Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes greift bedenklich in die Freiheit und Selbstverwaltung der Kommunen ein. Der Entwurf will die vorhandenen Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens möglichst aus der Welt schaffen. Als solche Mißstände sieht er den Mangel an kleinen Wohnungen, ihren zu hohen Preis, die mangelhafte Beschaffenheit und die Ueberfüllung an.

Zur Kontrolle der neuen Vorschriften soll eine Wohnungsinspektion eingeführt und den Kommunen übertragen werden; die Wohnungsaufsicht sollen nach einer Dienstamtsweisung verfahren, die der Zustimmung der Ortspolizeibehörde bedarf. Danach hätte die Gemeinde nur zu zahlen, und im übrigen würde lediglich die Zahl der Schutzleute ohne Uniform vermehrt; das scheint mir keine der Stadt Berlin würdige Ordnung; da soll die Polizei lieber die Wohnungen selbst inspizieren. Die Hauptbedenken jedoch liegen in der beabsichtigten Aenderung des Fluchtliniengesetzes. Die Polizei soll das Recht erhalten, die Befestigung solcher Linien auch zu verlangen, wenn das Wohnungsbedürfnis es erfordert. Letzteres ist ein durchaus vager Begriff, womit alles in die Willkür der Polizei gestellt wird. Angeblich soll damit den Monopolpreisen für Grund und Boden und der Baup speculation entgegengetrieben werden. Aber man braucht ja bloß die Haltung des Fiskus gegenüber der Frage des Volanischen Gartens anzusehen, um zu erkennen, daß er die Baup speculation unter Umständen außerordentlich begünstigt. Auch wann und welche Straßen gepflastert werden sollen, wird in Zukunft die Polizei bestimmen. Alle diese Zwangsmaßnahmen sind unbedeutend, denn es ist bisher auch ohne das sehr gut gegangen und niemand hat von einer Wohnungsnot gehört. An die sociale Wirkung dieser neuen Vorschriften glaubt tatsächlich auch die Regierung selbst nicht; sie sollen bloß den Rantel liefern, unter dessen Schutz man den Kommunen weitere Rechte entziehen will. Die Begründung sagt ganz offen, daß den Städten das Recht, eine beantragte Fluchtlinien-Befestigung abzulehnen, unter Umständen entzogen werden müsse,

um den Terrainbesitzern die Bebauung ohne allzu große Opfer zu ermöglichen. Damit sind die Abtretungen gemeint, die die Stadt zu Schulzwecken und dergleichen den Besitzern auferlegt. Da liegt der Hase im Pfeffer! Geht diese Bestimmung durch, so müssen wir in Zukunft jedes Schulgrundstück an der Peripherie gerade so teuer bezahlen, wie es dem Besitzer gefällt. Daß diese Maßregel irgendwo den Mietern zu Gute kommen könnten, ist übrigens eine Illusion. Will der Staat ein Wohnungsgesetz erlassen, so soll er sich mit den Kommunen verständigen; das Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung bessert die Wohnungsverhältnisse nicht im geringsten. (Beifall.)

Stadtv. Heimann (Soc.): Der vor Jahresfrist veröffentlichte erste Entwurf hat allerdings der öffentlichen Kritik unterlegen, wie ich im Gegensatz zu dem Vorredner betonen möchte; freilich hat der zweite Entwurf von der Kritik keinen Nutzen gezogen. Auf ihrem letzten Verbandstage haben die städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine sehr entschieden gegen den Entwurf Front gemacht und unablässige Agitation gegen denselben dringend empfohlen. Ich kann mich des Argwohns nicht entschlagen, daß dieser Antrag eine erste Frucht dieser Aufforderung ist. (Unruhe.) Ich unterstelle ja den Antragstellern ohne weiteres den guten Glauben. Sobald auf irgend einem Gebiet ein socialer Fortschritt erzielt werden soll, kommen sofort die Interessengruppen, welche sich dadurch bedroht glauben, holen den Begriff der Freiheit des Individuums hervor, den sie sonst ruhig schlummern lassen, und protestieren gegen die neuen Vorschläge, während diese doch bloß dahin gehen, die Freiheit der besitzenden Klassen, die Besitzlosen auszubeuten, etwas beschränkt zu lassen. (Große Unruhe und Zustimmung.) Ganz besonders interessant ist mir, daß Berlin, welches sonst jeden Wunsch nach Wohnungsreform von sich weist (Ernte Unruhe), hier aufgefodert wird, in sämtlichen Kommunen zum Sturm zu blasen gegen das neue Wohnungsgesetz. Herr Haberland faßt den Begriff der Wohnungsnot im allerengsten Sinne auf. Diese Wohnungsnot besteht nicht sowohl in dem Mangel an Wohnungen, sondern auch darin, daß die vorhandenen Wohnungen unzulänglich und zu teuer sind. Redner geht hierauf ausführlich auf die amtliche Statistik ein, um die Behauptung des Antragstellers, daß eine Wohnungsnot nicht bestehe, zurückzuweisen. Die Einkommensverhältnisse allein lassen schon erkennen, wie groß

##### das Wohnungselend in Berlin

ist. Die Verfasser der Begründung kennen die Ursache dieses Wohnungselends sehr wohl und auch die Mittel, welche deren Beseitigung herbeiführen können. Leider aber entspricht der Text des Gesetzes nicht dem, was man nach der Begründung erwarten könnte: man will den Grundbesitzern nicht wehe thun. So ist es gekommen, daß die gesamte öffentliche Kritik den Entwurf als unzulänglich bezeichnet hat. Unsere Stellung zu dem Entwurf ist gleichfalls durchaus ablehnend, denn er ist nach unserm Dafürhalten nur eine große Halbschheit. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Begründung das Mißtrauen gegen die Kommunalverrichtungen. Jede wahre Wohnungsreform richtet sich gegen die materiellen Interessen der Hausbesitzer, und man kann es rein menschlich begrifflich finden, daß Körperkassen, wo sie gesetzlich die Rechte haben, nichts thun werden, was gegen diese materiellen Interessen verstößt. Ganz unbedeutend aber ist es, daß die preussische Regierung, welche dies Verhältnis wohl nicht kennt, dazu übergeht, das Privileg der Hausbesitzer aufzuheben und das Kommunal-Wahlrecht auf eine ganz andre Basis zu stellen (Votung). Die Furcht vor der Socialdemokratie hindert die Regierung an diesem Vorhaben. Da sie aber eingesehen hat, daß die Dinge nicht so wie bisher weiter gehen können, so geschieht, was bei uns immer aller Weisheit letzter Schluss ist: der Polizei, welche alles kann, weiß und macht, werden erweiterte Zwangsbesugnisse gegeben. Wundert können Sie sich am allerwenigsten über solches Vorgehen, denn Sie ernten, was Sie und die übrigen Kommunen jahrzehntelang gesät haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Auf die Einzelheiten gehe ich nicht ein, weil die Versammlung dafür nicht das Forum ist. Möglich, daß die neuen Bestimmungen in einzelnen Fällen Grundbesitzer dahin bringen können, ihr Gelände früher der Bebauung zuzuführen, als sie sonst wollten; aber viel wird das nicht bedeuten, denn weit mächtiger als selbst die Polizei ist das Kapital. Herr Haberland weiß, daß die großen Terraingesellschaften, die größten Feinde einer vernünftigen Wohnungsgeländebau (Unruhe), aller dieser papiernen Fesseln spotten und spotten können. Kämpft irgendwo einmal ein einsichtsvollerer Landrat gegen die ungemessene Anwendung des Grund und Bodens, so laufen diese großen Gesellschaften Sturm gegen ihn, und der Kampf Stube nach Stube gegen die Terraingesellschaften hat bekanntlich mit dem kompletten Siege der letzteren geendet. Eine Regierung, welche so ichone Worte gegen den Bodenwucher findet und gleichzeitig die tollste Auswucherung des Bodens beim Volanischen Garten begünstigt, von der kann man nichts Durchgreifendes erwarten. Auch dieser Entwurf beweist von neuem, daß nur mit der Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden durchgreifende Abhilfe erreicht würde. Aber die Vorlage läßt sogar die Durchführung des Entschlusses vermissen und auch von der so dringend notwendigen Aenderung des Kommunalabgaben-Gesetzes ist keine Rede.

Die Besteuerung des unbebauten Grundstückes zu dem gemeinen Wert sollte gerade aus diesem Anlaß nochmals von dem Magistrat in Erwägung gezogen werden; die Hausbesitzer könnten dem ruhig zustimmen, da ja die Steuer contingentiert ist. Die Möglichkeit der Einführung einer Bauplaststeuer würde ebenfalls nur durch Aenderung des Kommunalabgaben-Gesetzes gegeben sein; sie müßte so gestaltet werden, daß jeder Wertzuwachs besteuert wird, der durch die Gemeindefähigkeit entsteht, denn durch die eigne Thätigkeit des spekulierenden Terrainbesitzers wächst dieser Wert kaum um ein Jota. Was

##### Wohnungsaufsicht, Wohnungsamt und mientgellischen Wohnungsnachweis

Betrifft, so haben wir ja vor drei Jahren das gleiche beantragt; Sie haben unsre Forderungen damals verächtlich, jetzt finden Sie sie alle in dem Entwurf wieder. Die Zusammenstellung der kommunalen Leistungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge weist Berlin eine geradezu lässliche Stellung an; das zeigt wiederum, daß ohne staatlichen Zwang nichts erreicht werden kann. Wenn Wohnungsaufsicht nur in Städten von über 10 000 Einwohnern eingerichtet werden soll, so ist das freilich wieder eine Verbeugung vor den Junkern. Daß in Berlin die Anforderungen der Hygiene, wie sie der Entwurf festlegt, schon erfüllt sind, wie Herr Haberland behauptet, ist durchaus irrig, man braucht ja nur auf die Enqueten des kaufmännischen Hilfsvereins zum Beweise des Gegenteils zu verweisen. Die Forderungen des Entwurfs sind aber ihrerseits auch durchaus ungenügend, und wenn man betont, daß es sich hier nur um Minimalforderungen handelt, so würde man die Kommunen, die über dieses Minimum hinausgehen, bald an den Fingern abzählen können. Will Herr Haberland gegen die Halbschheiten und Schlechtigkeiten der Vorlage zum Kampf aufsteigen, will er wirklichen socialen Fortschritt und mit uns gemeinsam eine Agitation zur Aenderung des kommunalen Wahlrechts, dann wird er uns an seiner Seite finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

##### Zur Erhaltung der Rechte der Selbstverwaltung

war es Zeit, als es sich um die Zustimmung zu unsern Anträgen von vor drei Jahren handelte. (Zustimmung.) Damals war gerade das lässliche Baugesetz erlassen, und ich behauptete, ein preussisches Wohnungsgesetz, wenn es käme, würde auf diesem Boden erbaut sein. Da aber meinte Herr Wallach: kommt das Gesetz, so müssen wir uns ihm fügen, freiwillig thun wir das nicht.



Jetzt ist der Entwurf da, und nun schreiben Sie über Vergewaltigung! Das einzig Erstaunliche an dem ganzen Entwurf ist, daß selbst die preussische Regierung eingesehen hat, daß von der Initiative der Kommunen auf diesem Gebiete nichts zu erwarten ist. (Sehr richtig!) Wir haben das allergrößte Mißtrauen gegen die Bureaucratie, unser Mißtrauen gegen die Hausbesitzer in den preussischen Kommunen ist aber noch größer. (Große Ironie.) Der verstorbene Bürgermeister Brinkmann rief Ihnen zu, die Wohnungsfrage solle gebieterisch an die Pforten des roten Hauses. Die Verwaltung Berlins hat trotzdem die Pforten geschlossen gehalten. Jetzt kommt der Staat und will sie ein Spältchen öffnen; da sollen wir Ihnen zur Abwehrl Diffe leisten.

Wir werden den Antrag ablehnen und bitten Sie, ein Gleiches zu thun. (Erfolgt bei den Socialdemokraten.)

**Oberbürgermeister Rischner:** Die heutige Debatte trägt wohl mehr einen akademischen Charakter. Bereits im Mai hat der Vorstand des preussischen Städtetages beschlossen, in diesem Jahre im November oder Dezember einen Städtetag abzuhalten. Auf die Tagesordnung soll nachträglich auch dieser Wohnungsfrageentwurf gesetzt werden, so daß er Gegenstand der Erörterung noch in diesem Jahre sein wird. Damit geht in Erfüllung, was der Stadt. Haberland bezüglich der gemeinamen Aktion wünscht.

**Stadt. Kaufmann (Fr. Fr.)** glaubt die Terrainspekulationen gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz nehmen zu müssen (Oho!); wo wären die blühenden Vororte und die herrliche bauliche Entwicklung der Umgebung Berlins ohne diese Gesellschaften? Das Bedenkliche an dem Entwurf sei, daß die Verhältnisse für die ganze Monarchie gleichmäßig geordnet werden sollen. Was Berlin betreffe, so müsse man den Entwurf überwiegend günstig beurteilen, wenn auch die Einwände bezüglich der Selbstverwaltung genau untersucht werden müßten. Mit Wohnungsdirektor und Wohnungsaussicht könne man sich nur befreunden. Die Härten des im allgemeinen sympathisch anmutenden Entwurfes würden hoffentlich in den späteren Stadien der Beratung ausgemergelt werden.

**Stadt. Dr. Preuß (Soz.-Fortschr.)** führt aus, daß es doch zwei Arten des Schutzes der Selbstverwaltung giebt, daß neben dem negativen, wie ihn der Antrag Haberland erstrebe, der positive Schutz einhergehen müsse; und hier, auf dem Gebiete der politischen Leistungen der Selbstverwaltung, habe leider die scharfe Kritik Heimanns das Nützliche getroffen. Redner geht dann ebenfalls die Bestimmungen des Entwurfs durch und betont, daß es vor allem auch einer Generalisierung der vorzüglichen lex Abides (Noten-Enteignung) für Frankfurt bedürfe. Das Grundübel des Berliner Wohnungswehns liege in der

#### Kafernierung der Bevölkerung

in den großen Massenmietshäusern, und damit stehe Berlin auf dem Kontinent an der Spitze. Diese Kafernierung habe Herr Haberland überhaupt unerwähnt gelassen; erst Herr Heimann habe darauf hingewiesen. Berlin habe die höchste Bebauungsziffer, 78 gegen 7,6 in London! Sehr bedauerlich sei, daß der Entwurf keine Verringerung des Bebauungsplans mit seinem Kiefernensystem vorschlägt, und unbegreiflich, daß eine Regierung, die diesen Entwurf vorschlägt, nicht gleichzeitig das Hausbesitzerprivileg aufhebe. Die Hausbesitzer seien aber nicht die Schuldigen an den Schäden des Wohnungswehns, sondern die Terrainspekulation, die Hausbesitzer seien mit Leidtragende.

Die Erkenntnis davon scheine sich jetzt auch in den Hausbesitzerkreisen Bahn zu brechen. Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Haberland können wir für den Antrag nicht stimmen.

**Stadt. Wallach (A. L.):** Die socialdemokratische Partei, die sonst immer für die Selbstverwaltung in hohen Worten eintritt, läßt hier die Selbstverwaltung einfach mit Füßen treten (Widerstand und Zustimmung) und lehnt es ab, uns zu unterstützen. Niemand von uns ist gegen das Wohnungsrecht an sich, sondern nur vor den Angriffen auf die Selbstverwaltung wollen wir uns schützen. Das Wohnungsrecht steht hier gar nicht zur Debatte; ich kann also auch Herrn Heimann nicht auf dieses Gebiet folgen. Die Worte, die Herr Heimann von mir citiert, sind aus dem Zusammenhang gerissen. Das Hausbesitzerprivileg würde ich persönlich gern preisgeben, aber einen Mißbrauch haben die Hausbesitzer damit nie getrieben. Die Besteuerung der Baupläne nach dem gemeinen Wert nötigt Berlin lediglich zu neuen Ausgaben, ohne einen Pfennig mehr einzubringen; deshalb wollen wir nichts davon wissen. Im einzelnen ist z. B. schon die Forderung eines besonderen Klosets für jede Wohnung von Stufe und Küche einfach unerfüllbar; gerade die Aufstellung solcher Forderungen würde in Berlin eine Wohnungsnot erzeugen. (1) Daß diese Bestimmungen zu rigoros sind, hat sogar der Verbandsrat der Mietervereine eingesehen. Das gilt besonders von der Vorschrift, daß die Kinder über 14 Jahren nach Geschlechtern in verschiedenen Räumen untergebracht werden müssen; so etwas läßt sich eben nicht einfach vorschreiben. Den Gipfel der Unbilligkeit erreicht der Entwurf in der Bevorzugung der Vaugenoffenschaften. Hoffentlich bleiben wir vor dem Geiz bewahrt.

Es läuft ein Antrag auf Ausschussberatung ein, den ein Teil der Versammlung mit lebhaften Ausrufen des Mißvergügens annimmt.

**Stadt. Dr. Nathan (Soz.-Fortschr.)** findet in dem Entwurf, so sehr er mit Recht befiehlt werde, doch einen Fortschritt, und der liege hauptsächlich in der Berücksichtigung der Vaugenoffenschaften. Nach dieser Richtung polemisiert Redner gegen den Stadt. Wallach, kann sich aber bei der zunehmenden Unruhe der Versammlung nur teilweise verständlich machen. Er fährt aus, daß die Thätigkeit der Vaugenoffenschaften die Hausbesitzer zwingen werde, mit den Mietspreisen ferabzugehen. Herrn Wallach seien die Vorschriften des Entwurfs zu rigoros, ihm (Redner) nicht rigoros genug, und deshalb sei er gegen den Antrag.

**Stadt. Gaffel (A. L.)** legt gegen die Unterstellung Verwahrung ein, als sei der Antrag im Interesse der Hausbesitzer gestellt. Er habe die Wahrung der Selbstverwaltungsrechte zum Zweck und jeder Freund derselben müsse für ihn stimmen. Ueber Motive stimme man nicht ab. Nach der Erklärung des Oberbürgermeisters ziehe er namens der Antragsteller den Antrag zurück.

**Stadt. Rosenow (A. L.)** bedauert, daß sein Antrag auf Ausschussberatung jetzt gegenstandslos geworden sei; diese hätte sicher zur völligen Klärung und zur Information des Magistrats über die Meinung der Versammlung beigetragen.

Der Oberbürgermeister bezeichnet eine weitere Information über den Gegenstand für den Magistrat als unnötig.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadt. Haberland gegen die Ausführungen des Stadt. Heimann wird der Gegenstand verlassen.

Die gegen die Nichtigkeit der Gemeinde-Wählerliste erhobenen Einwendungen sind Gegenstand der Beratung des Wahlprüfungsausschusses gewesen. Dieser beantragt, 10 von den 18 Einsprüchen für begründet zu erklären und die Reklamation nachträglich in die Liste aufzunehmen; 8 Reklamationen sollen als unbegründet zurückgewiesen werden, darunter 2, weil der Reklamant Stundung der Strafenhauskosten genießt, 1, weil er Schiffsstellen-Inhaber ist.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Vorschlägen des Ausschusses bei.

Gegen 1/9 Uhr wird die Weitererledigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung mit Rücksicht auf die zahlreichen Personalfragen, die der Erledigung in geheimer Sitzung harren, abgebrochen; die Erörterung der Fragen des höheren Schulwehns und der Vermehrung der Gemeinde-Schulräume findet erst in der nächsten Sitzung statt.

## Gerichts-Zeitung.

Der Nordverlauf,

der sich am 27. Mai abends auf dem Grundstück des Gymnasiums zum Grauen Kloster in der Klosterstraße ereignet hat, beschäftigte

gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Die auf versuchten Mord lautende Anklage richtete sich gegen den Brauereiarbeiter Karl Otto Sperling, einen bisher unbefragten Mann. Er arbeitete früher in Leipzig und hatte dort ein Liebesverhältnis mit dem Dienstmädchen Emma Tümpel begonnen. Die beiden jungen Leute hatten die Absicht, sich in absehbarer Zeit zu heiraten und zu Ostern reisten sie nach Magdeburg, wo der junge Mann seinem Vater das Mädchen vorstellte. Beide fanden später in Berlin Beschäftigung; er als Arbeiter in einer Brauerei, sie als Dienstmädchen bei dem Schudienner Großmann im Berlinischen Gymnasium zum Grauen Kloster. Am zweiten Pfingstfeiertage kam es zwischen dem Angeklagten und dem Mädchen zu einem Mißverständnis. Beide waren zusammen ausgegangen und die Tümpel verließ den Angeklagten trotz dessen dringender Bitten, noch weiter bei ihm zu bleiben, gegen 10 Uhr und kehrte zu ihrer Dienstherrschaft zurück. Bald darauf klagte der Angeklagte bei Großmanns und wünschte das Mädchen zu sprechen, was ihm aber abgeschlagen wurde. Am nächsten Tage erhielt er von der Tümpel einen Brief, in welchem sie ihm heftige Vorwürfe darüber machte, daß er am Abend vorher gestiegen und ihr damit große Unannehmlichkeiten mit ihrer Herrschaft bereitet habe. Er ging dann an einem der nächsten Tage wieder nach der Klosterstraße und wollte mit der Tümpel sprechen, diese verlagte ihm dies aber und bedrohte ihn, daß er einen Brief von ihr erhalten werde. Dieser Brief ist auch bei ihm eingetroffen; er enthielt die Mitteilung, daß das Mädchen sich von seinem schlechten Charakter überzeugt habe, nichts von ihm wissen wolle und Berlin zu verlassen gedente, um von ihm loszukommen. Am 27. Mai nachmittags besuchte der Angeklagte mehrere Schanklokale und nahm nicht unerhebliche Quantitäten Bier und Schnaps zu sich. Abends erschien er wieder in der Klosterstraße auf dem Schulgrundstücke und verlangte die Tümpel zu sprechen. Auf die Frage nach seinem Begehre erklärte er, daß er seine Photographie zurück haben wolle. Als das Mädchen in die Küche ging, um das Bild zu holen, ging ihr der Angeklagte nach, und plötzlich krachte ein Schuß, der das Mädchen am rechten Handgelenk streifte. Die Angel ging in die Wand. Die Tümpel ergriff die Flucht, der Angeklagte verfolgte sie durch den Garten und schloß noch einmal auf sie, ohne sie zu treffen. Das Mädchen war bei dieser Jagd zur Erde gestürzt, der Angeklagte verfolgte sie dann nicht weiter, sondern gab einen dritten Schuß gegen seine eigene Stirn ab und sank blutüberströmt zu Boden. Die Verletzung des Mädchens war eine leichte, Sperling aber schien schwer verletzt und mußte in die Charité übergeführt werden, wo er vier Wochen zubringen mußte. Als er von dort entlassen wurde, blieb er einige Zeit auf freiem Fuße, bis er in Haft genommen wurde. Und nun geschah das Unglaubliche: das Mädchen, dem der Angeklagte nach dem Leben getrachtet, erzählt von diesem einen Brief, kommt dessen Aufforderung, ihn in seiner Wohnung in der Belfortstraße zu besuchen, sofort nach und mußte gestern vor Gericht zugeben, daß sie diese Besuche wiederholt und dabei aufs intimste mit dem Angeklagten verkehrt habe. Wie die Zeugin weiter befandete, hat Sperling ihr bei diesen Gelegenheiten zugegeben, daß er sie habe todsüchigen wollen und nur bedauere, daß er nicht besser getroffen habe. Das Mädchen hat an den Angeklagten auch nach dem Untersuchungsgefängnis einen Brief gerichtet und ihm darin mitgeteilt, ihre Eltern würden sicherlich niemals zugeben, daß sie sich mit ihm verheiratet. Sie hat darauf eine Antwort von ihm erhalten, die, wie sie befandete, von gemeinen und frechen Redensarten strotzte. Auch im gestrigen Termine verhielt sich der Angeklagte außerordentlich dreist und unpassend, er begleitete die Auslagen des Mädchens mit höhnischem Grinsen und mußte vom Vorsitzenden ernstlich zurecht gewiesen werden. Gestern wollte er glauben machen, daß er den Revolver nicht ad hoc gekauft, sondern schon lange besessen und immer bei sich getragen habe. Er behauptete auch, daß er bei der That sinnlos betrunken und unzurechnungsfähig gewesen sei — was von den Augenzeugen bestritten wurde. Der Vorsitzende hielt ihm als Zeichen eines bösen Gewissens die Thatfache vor, daß er im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch gemacht hat; er hatte sich an einem Klotzstaken aufgehängt und ist von einem Nachaufseher abgesehen worden. — Staatsanwalt Steinbrecht plädierte auf Schuldig im Sinne der Anklage, während Rechtsanwalt Walland den Angeklagten nur der schweren Körperverletzung schuldig gesprochen sehen wollte, dabei aber den Standpunkt vertrat, daß Sperling bei der That infolge von Trunkenheit nicht recht wußte, was er that und deshalb Anspruch auf mildernde Umstände habe. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des versuchten Totschlages unter Jubilation mildernden Umständen schuldig. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 2 Jahren Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

## Verfammlungen.

In der Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Wahlkreis am 27. September teilte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende mit, daß der Genosse Ernst Haase verstorben ist; die Anwesenden ehrten sein Andenken durch Erheben von den Sigen. Dierauf folgte ein Vortrag des Herrn Magnus Schwantje über das Thema: Die wissenschaftliche Tier- und Menschenfütter (Abstraktion) und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse. Redner wies in seinen Ausführungen auch darauf hin, daß zahlreiche Fälle von oft eitelhaften Verbrechen auch an Menschen festgestellt sind, und da es sich in diesen Fällen ausschließlich um Angehörige der ärmeren Klassen gehandelt hat, haben die Arbeiter das größte Interesse daran, an der Befreiung dieser Mißstände mitzuarbeiten. Aus der Zahl der von dem Referenten aufgeführten Menschenversuche erwähnen wir nur den Fall, wo 14 Fingerringe mit Nattengift infiziert wurden, unter gütiger Erlaubnis des Professors Weddin, wie es in dem wissenschaftlichen Fachblatt heißt. Frühere Versuche waren an Säugern gemacht worden; doch weil die Säuger zu teuer, wurden die hilflosen Fingerringe mit gütiger Erlaubnis genommen. Die lösteten ja nichts! — Die Versammlung hand völlig in dem Sinne der Ausführungen, so daß es in der Diskussion den Rednern Kappes, Dr. Paul Manasse, Heimann und nicht gelang, den Eindruck derselben abzuwachen. Als dem Referenten das Schlusswort erteilt wurde, verließ übrigens der Hauptredner Dr. Paul Manasse die Versammlung.

**Berliner Gewerkschaftskommission.** In der am Mittwoch abgehaltenen Delegiertenversammlung machte Körten einige Mitteilungen über die bevorstehende Gewerbegerichtswahl. Es ist ein Flugblatt herausgegeben, worin die Einteilung der 16 Bezirke, in denen gewählt wird, aufgeführt ist. In der Hand dieser Auffstellung sollen die Vertrauensleute der Gewerkschaften feststellen, welche von ihren Mitgliedern zu wählen haben, um dann für die Beschaffung und Ausfüllung der erforderlichen Wahllegitimationen zu sorgen und die Abstempelung derselben durch den Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zu veranlassen. Alles Weitere ist in dem Flugblatt angegeben, für dessen Verbreitung die Vertreter der Gewerkschaften in geeigneter Weise zu sorgen haben. Ferner ist es nötig, daß die Wahlberechtigten auf den Wahltag noch besonders aufmerksam gemacht werden, und daß für die Wahl eine rege Agitation entfaltet wird.

Hierauf berichtete Wiesenhal namens des Ausschusses über die Lohnbewegung der Schlächter. Er empfahl nachstehende Resolution:

Die Versammlung der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission nimmt den Verzicht von der Lohnbewegung im Fleischergewerbe zur Kenntnis. — Angesichts der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schlächterberuf hält die Versammlung ein Vorgehen für durchaus berechtigt und verpflichten sich die Anwesenden, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß den Schlächtern voll und ganz die moralische Unterstützung der Berliner Arbeiterklasse zu teil wird.

Rehlinke führte hierzu aus: Seit Jahren klagen die Schlächtergefelln darüber, daß die Sonntagsruhe nicht innegehalten wird, daß die gewerksmäßige Stellennormierung eine unterranimortliche Ausbeutung der Arbeiterkinder darstellt und diese Mißstände trotz aller Vorstellungen bisher nicht beseitigt werden konnten. Die

Berliner Schlächtergefelln wollen nunmehr ernstlich vorgehen, um ihre Lage zu verbessern. Die Forderungen sind äußerst bescheiden. Die Schlächter wollen sich mit dem zwölfstündigen Arbeitstag begnügen und notwendige Überstunden mit 50 Pf. bezahlt haben. Die Vorstellungen bei der Innung hatten keinen Erfolg. Die Forderungen wurden den einzelnen Meistern unterbreitet, einige haben auch bereits bewilligt. Dann verhandelte aber die Innung Cirulare an die Meister, worin sie gegen die Forderungen der Gefelln Stellung nahm, und seitdem liefern keine Bewilligungen mehr ein. Vorläufig sollen nur die Meister, welche bewilligt haben, dem Publikum bekannt gegeben und besonders die Arbeiterfrauen ersucht werden, nur bei diesen Schlächtermeistern zu kaufen, um so die Bewegung moralisch zu unterstützen.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

W r ü d n e r berichtete über die Lohnbewegungen im Buchbinder-gewerbe. Er sagte unter anderem, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Leder- und Papiergalanterie ihre Forderungen in Gemeinschaft mit dem Fortseuerwerkerverband durchgesetzt und ohne Streik Lohnauf-besserungen erlangt haben. Anders ist es in der Lugschpapierbranche. Hier sehen die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen hartnäckigen Widerstand entgegen. Arbeiterinnen würden mit Wochenlöhnen von 5, 6, 7 bis 10 M. eingestellt, und die Arbeiter dieser Branche ränden mit Wochenlöhnen von 20 bis 22 M. erheblich hinter den Löhnen ihrer Kollegen in der Buchbinderzuriück. Auf die eingereichten Forderungen hätten nur einzelne Fabrikanten geantwortet, zu Verhandlungen mit dem Verbands vor dem Gewerbe-gericht seien die Fabrikanten nicht zu haben, und bei den Verhandlungen mit den Arbeitern einzelner Betriebe sei auch nichts herausgekommen. Den Arbeitern wolle man eine „Gehaltsverhöhung“ von 50 Pf. bewilligen, die Forderungen der Arbeiterinnen, die eine Auf-besserung vor allem bedürfen, würden rundweg abgelehnt. Der Ring der Fabrikanten habe jetzt in verschiedenen Fabriken Streifarbeit angebeten, die natürlich verweigert werde, und so könne der Streik eine größere Ausdehnung annehmen.

Die Versammlung nahm den Verzicht zur Kenntnis. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Eine öffentliche Tischlerversammlung, einberufen durch den Verein der Tischler, tagte am Dienstag im Andreasstraße. Die Versammlung war in der Mehrheit von Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes besucht, da nach der Tagesordnung anzunehmen war, daß die Forderungen des Verbandes kritisiert werden sollte. Nachdem man eine volle Stunde über die Zusammenlegung des Bureau debattiert hatte, kam endlich ein Bureau zu stande, für das der Holzarbeiter-Verband den ersten, der Verein den zweiten Vorsitzenden stellte. Nach einer Bemerkung des Einberufers Winkler folgte in der Versammlung „der Vorhang gelüftet“ und „die Coullissen beseitigt“ werden. hinter denen der Holzarbeiter-Verband mit den Meistern verhandelt habe. Der Referent Gürtler vom Vorstande des Tischlervereins, ebenso die anderen Redner dieser Organisation brachten jedoch nichts vor, was nach „Coullisengeheimnissen“ ansah. In der Hauptsache kritisierten sie die kürzlich bekannt gegebenen Verhandlungen des Holzarbeiter-Verbandes mit den Arbeitgebern der Möbelbranche und verlangten, daß derartige Bewegungen in öffentlichen Tischlerversammlungen beraten würden. Den Standpunkt des Holzarbeiter-Verbandes vertraten Glode, Stusche und andre. Gürtler hatte das Schlusswort. Dann wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes einverstanden und lehnt es ab, sich von dem Jagdbereit irgend welche Vorschriften machen zu lassen.“

## Eingegangene Druckschriften.

**Gifela von Streiber.** Das Recht zur Befreiung teilenden Lebens. Preis 50 Pf. Dresden-Verlag 1904. Wilhelm Müller.  
**Dr. H. von der Vögtel.** Grundzüge der Socialpolitik. Preis 16,50 M. in Halbband geb. 18,50 M. Leipzig 1904. Verlag G. L. Hirschfeld.  
**Aubert Hugo Wolfstein.** Theorie und Praxis. Bd. 1 u. 2. 1904. Selbstverlag des Verfassers.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zur Landtagswahl in Sera (Neuf).

Ueber den Ausfall der gestern stattgefundenen Wahl meldet uns eine Privatdepesche: Von den Kandidaten der Socialdemokratie wurden gewählt: Stüttger, Vetterlein und Leven. Die Genossen Kahnt und Werner kommen in Stichwahl.

Ausgestellt waren von der Partei: Lässig (1. Wahlkreis), Stüttger (2. Wahlkreis), Vetterlein (3. Wahlkreis), Leven (4. Wahlkreis), Kahnt (5. Wahlkreis) und Werner (6. Wahlkreis).

### Verhaftung.

**Kiel, 29. September.** (B. T. B.) Der Vorsteher des Geheimbureaus der Germania-Werft, Barkmeyer, ist auf Veranlassung der Direktion der Germania-Werft wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung verhaftet worden. Die im Umlauf befindlichen Gerichte von Verbot militärischer Geheimnisse und Auslieferung von Konstruktionszeichnungen von Kriegsschiffen an eine fremde Macht seitens des Verhafteten sind nach Mitteilung der Direktion der Germania-Werft völlig erfunden.

### Eisenbahnamtliches.

**Heidelberg, 29. September.** (B. T. B.) Auf Antrag der süddeutschen Staatsregierungen fanden heute zwischen diesen und dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten Verhandlungen über einen engeren Zusammenschluß der süddeutschen Staatsbahnen und der preussisch-bessischen Gemeinschaft in der Richtung einer Betriebsmittelgemeinschaft statt.

### Verurteilter Bankier.

**Wärzburg, 29. September.** Der Bankier Voraberger jun. in Firma F. Venter u. Vornberger, der wegen Depotverfälschung verurteilt war, nachdem er am 2. März d. J. Konturs angemeldet hatte, ist heute vom unterkremsischen Schwurgericht wegen Vergehens gegen das Depotgesetz und wegen einfachen Bankrottverstoßes unter Ausschluß mildernden Umstände zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, wovon drei Monate Untersuchungshaft angerechnet werden.

**Wiesbaden, 29. September.** (B. T. B.) In der vergangenen Nacht sprach das Schwurgericht das Urteil in der Strafsache gegen die 36jährige Naturheilkundin Gertrud Schmidt von hier, Tochter eines Majors, und Genossen wegen Kindesmord und Bedrohen gegen das leibende Leben. Die Schmidt wurde von der Anklage des Kindesmordes freigesprochen und wegen des andern Verbrechen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die drei andern Angeklagten erhielten 6 bzw. bis 9 Monate Gefängnis.

### Der Papst gegen die kirchliche Demokratie.

**Rom, 29. September.** Wie aus vatikanischen Kreisen verlautet, wird der Papst demnächst eine Schrift veröffentlichen, in der er der kirchlichen Demokratie untersagt, eine unabhängige Organisation zu bilden, da eine solche der Kirche nur schaden würde.

**Schon wieder eine Polizei-Aktion gegen Streikende in Italien.**

**Rom, 29. September.** (B. T. B.) Aus Sicilien kommen Nachrichten über Unruhen anlässlich von Streiks. In Sicili kam es zwischen der Polizei und Streikenden zu ersten Zusammenstoßen, bei denen fünf Polizisten und eine große Anzahl Streikender schwer verletzt wurden.

### Japanische Truppenaushebungen.

**London, 29. September.** Das Nentersche Bureau meldet aus Tokio, in Regierungskreisen werde erklärt, daß die neuen Aushebungsbestimmungen es ermöglichen, die Anzahl der in der Front stehenden Truppen um ungefähr 200 000 Mann zu erhöhen.



Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Zweiter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

Salzburg, den 27. September 1904.

Die Debatte über die Organisationsfragen wird eröffnet. Schäfer-Reichenberg warnt vor der Festsetzung eines Minimalparteibeitrages von 10 Hellern monatlich.

Partei-Kassenau: Nach der Auslegung, die Elaret dem Grazer Beschlusse gegeben, ist es unmöglich, ihn aufrecht zu erhalten. Die Parteileitung bestimmt danach über die Aufstellung der Reichsratskandidaten allein unter Umständen über den Kopf der Mehrheit der Vertrauensleute hinweg.

Wilmann-Wien wünscht, daß auch den Vertretern der Presse und der Korporationen (Gewerkschaftsorganisationen) das Stimmrecht auf dem Parteitage eingeräumt wird.

Behr-Krumau beantragt, die Parteileitung zu beauftragen, dem nächsten Parteitage ein revidiertes Organisationsstatut vorzulegen.

Schloßnidel-Sternberg behauptet, daß mit dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung die Lust der Genossen, Beiträge für die politische Organisation zu zahlen, schwindet. Redner macht auf die Schwierigkeit der Aufstellung von Kandidaten in gemischtsprachigen Bezirken aufmerksam.

Elaret bittet, sich nicht über die Frage der Kandidatenaufstellung zu erschöpfen. Vor jeder Reichsratswahl hat bisher jedesmal eine Reichskonferenz stattgefunden, bei der neben der Parteileitung sämtliche Vertrauensleute der Wahlkreise anwesend waren.

Seliger-Tepflich beantragt, daß die Parteiverbreitung in alle diejenigen Wahlkreise, in denen die Erhebung von Parteimitgliedern bisher unterblieben ist, Instrukteure entsendet, die die Vertrauensleute mit allen Einzelheiten der praktischen Arbeit vertraut zu machen haben.

Schiller-Reichenberg steht in der Frage der Aufstellung von Reichsratskandidaten ganz auf Seiten der Parteileitung und verweist auf den Fall Göhre, der in Oesterreich nicht vorkommen dürfte.

Schrattenecker-Dornbirn beantragt, daß die Sekretärstelle in Voralberg möglichst bald wieder besetzt wird. Ein unabhängiger Mann müsse hin. Jetzt stehe er, ein kaiserlich-königlicher Eisenbahnkondukteur an der Spitze der Organisation; er müsse aber behändigt befristet, gemahregelt zu werden.

Frau Popp-Wien: Bisher hat die Parteileitung bei der Aufstellung von Kandidaten leider einen sehr geringen Einfluß gehabt. Alle Genossen sollten endlich die Kandidatenfrage als Frage der Gesamtpartei ansehen, damit wirklich fähige Parlamentarier aufgestellt werden.

Winarshy-Wien beantragt, die Vertretung auf dem Parteitage wie folgt zu regeln: Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes resp. Bezirks und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien beantragt, die Vertretung auf dem Parteitage wie folgt zu regeln: Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes resp. Bezirks und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien beantragt, die Vertretung auf dem Parteitage wie folgt zu regeln: Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes resp. Bezirks und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien beantragt, die Vertretung auf dem Parteitage wie folgt zu regeln: Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes resp. Bezirks und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien beantragt, die Vertretung auf dem Parteitage wie folgt zu regeln: Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes resp. Bezirks und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Der Antrag Behr (Vorlage eines revidierten Parteistatutes durch die Parteileitung) wird der Parteileitung überwiesen, ebenso der Antrag auf Entsendung von Instrukteuren.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

In der Sitzung am Mittwoch wurde zunächst über das Budget des internationalen Arbeitsamtes verhandelt. Die Verhandlung ist insofern interessant, als sie ergab, daß das Amt mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Wir lassen hier den Bericht folgen:

Professor Dr. Franke (Berlin) beauftragte einen längeren Antrag: dem Bureau der Internationalen Vereinigung für die Jahre 1902 und 1903 Entlastung zu erteilen. Im weiteren befragt der Antrag: „Die Sektionen derjenigen Staaten, deren Regierungen noch keine oder doch keine budgetmäßige Subvention für die Internationale Vereinigung bewilligen, werden verpflichtet, dahin zu wirken, daß jährlich im Wege des Budgets Unterstutzungen gewährt werden.“

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins. Das Defizit für das Jahr 1904 betrage 28 000 Frank.

Professor Dr. Sidores (Freiburg, Schweiz): An dem Inhalt des Bulletins haben das größte Interesse organisierte Arbeiter. Er ersucht, die Bulletins in tarifreuen Druckereien, wo organisierte Arbeiter beschäftigt werden, herstellen zu lassen und sie auch sofort zu bezahlen.

Der Vertreter der österreichischen Regierung, Sektionschef im österreichischen Handelsministerium, Dr. Katalja (Wien), beantragt namens der Kommission: 1. dem Internationalen Arbeitsamt Dank und Anerkennung auszusprechen und 2. angesichts der finanziellen Lage der Internationalen Vereinigung, sich keiner neuen Aufgabe zu unterziehen.

Wilerand bemerkte: Der Antrag sei in dieser Form unannehmbar. Es könnten an das Bureau und an das Arbeitsamt Aufgaben herangetragen, deren Unterlassung einfach unmöglich sei.

Die Internationale Vereinigung ladet, ohne dem Programm der internationalen diplomatischen Konferenz vorzugreifen zu wollen, und im Hinblick auf die Dringlichkeit der Abschaffung der Nachtarbeit jugendlicher Personen, ihr Bureau ein, die Sektionen mit der Prüfung dieser Frage zu beauftragen, und diese an die Spitze der Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

Das Bureau ist ermächtigt, die Frage auch durch eine Kommission beraten zu lassen und die Sektionen einzuladen, ihre Delegierten in dieselbe zu bezeichnen.

Es ist außerdem von der Kommission folgender Fragebogen aufgestellt worden:

- 1. Welches ist die Zahl der in Ihrem Lande beschäftigten Kinder und jugendlichen Personen?
2. Wie viele hiervon werden von den bestehenden Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit erfasst?
3. Welches sind die Wirkungen dieser Ausnahmen und wie werden diese begründet?
4. Stehen der Erhöhung der Altersgrenze jugendlicher Arbeiter keinerlei Hindernisse entgegen, welche?
5. Wie lange dauert die gesetzliche Nachtarbeit?
6. In welchen Industrien sind seit Erlass des Verbotes Übertretungen zu verzeichnen?
7. Können die nämlichen Angaben für die Angegebenen gemacht werden?

bogen dem Bureau zur Verfügung zu stellen. Die Generalversammlung wolle der internationalen diplomatischen Konferenz nicht vorgehen, ihr aber Material unterbreiten.

Professor Dr. Jay (Paris): Es sei ihm eine Petition von Handelsangestellten in Paris zugegangen, die Behandlung dieser Frage auch die Beschäftigung von Jugendlichen im Handelsgewerbe mit einzubeziehen.

Der Vorsitzende bemerkte: Das Bureau werde diese Petition berücksichtigen. Auf Antrag des Dr. Feigenwinter (Wafel) wurden die Worte: „an die Spitze“ gestrichen und danach der Antrag der Kommission III einstimmig angenommen.

Professor Dr. Pic (Paris) beauftragte alsdann namens der Kommission IV folgenden Antrag:

I. Die einzelnen Landes-Sektionen werden durch das internationale Bureau für gesetzlichen Arbeiterschutz ersucht, eine Untersuchung anzustellen unter Bedingungen, welche sie selbst zu bestimmen haben und einem Programme gemäß, dessen Detail ihrer freien Zustimmung überlassen bleibt, über:

1. Welchen Einfluß hat die Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die Entwicklung der Heimarbeit gehabt, insbesondere die Frauen und jugendlichen Arbeiter betreffend.
2. Welches sind die hauptsächlichsten Mängel, die sich teils aus dem gänzlichen Fehlen oder der unzureichenden Reglementation dieser Arbeitsart ergeben, sammt als die Arbeitsdauer dieser Kategorie von Arbeitern anbelangt als auch hinsichtlich der Gesundheits- und Sicherheits-Verhältnisse der Arbeiterinnen.

II. Die Sektionen sollen so viel als möglich die monographische Methode anwenden, d. h. ihre Untersuchung nicht auf die Gesamtheit der Industrien des betreffenden Landes erstrecken, sondern auf gewisse abstrahiert herausgegriffene Industriezweige.

III. Das Gebiet der Untersuchungen umfaßt:

1. Die Heimarbeit im eigentlichen Sinne, das heißt heisige Arbeit, welche zu Haus von dem Arbeiter mit oder ohne Beistand eines oder mehrerer Gehilfen auf Rechnung des Unternehmers ausgeführt wird.
2. Die in Werkstätten hergestellte Arbeit, welche ganz oder teilweise von einer gesetzlichen Reglementation befreit sind; sei es, daß es sich um Familienwerkstätten handelt, sei es auf Grund der geringen Anzahl von regelmäßig beschäftigten Arbeitern, sei es wegen der Natur des Industriezweiges oder eines andern Grundes wegen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Behandlung der Ausländer in der Gesetzgebung der verschiedenen Länder.

In der Nachmittagsung beschäftigte sich die Generalversammlung mit folgendem Antrage der fünften Kommission:

Die V. Kommission, beauftragt, die Frage der Behandlung der Ausländer in der Gesetzgebung der verschiedenen Länder zu studieren, schlägt folgende Resolution vor:

1. Die Rechte, welche dem Arbeiter und seinen Hinterbliebenen in den Versicherungs- und Haftpflichtgesetzen gewährt sind, werden betrachtet als Ansprüche, die sich aus dem Arbeitsvertrag herleiten. Es ist deshalb hinsichtlich derselben das Gesetz des Ortes maßgebend, wo der Betrieb liegt, in welchem er beschäftigt wird — ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnort oder Aufenthalt der Beteiligten.

2. Die Sektionen der einzelnen Länder sollen bis zur nächsten Generalversammlung dem Bureau der Vereinigung einen Bericht einreichen über die Mittel und Wege, wie dieser Grundsatz sowohl in der inneren Gesetzgebung jedes Landes, als auch im internationalen Betrage zur Ausführung gelangt und zwar sowohl mit Beziehung auf die Haftpflicht, wie auch mit Beziehung auf die Organisation der Versicherung.

Die Vertreter der deutschen Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Caspar (Berlin), beantragte dazu eine Abänderung, die zu einer langen Debatte und zu einem Zusammenstoß zwischen Dr. Feigenwinter (Wafel) und Dr. Caspar führte.

Professor Dr. Th. Sommerfeld (Berlin) beauftragte danach folgenden Antrag der zweiten Kommission:

I. Bleifrage.

1. Die Bleifrage muß für jede Bleierzweigende und Bleibevendende größere Industriezweige wie für Blei- und Zinkhütten, Bleiarbeitsfabriken, die keramische Industrie, das Maler- und Anstrichergewerbe, Fabriken elektrischer Akkumulatoren, die polygraphischen Gewerbe, die Kohlelager, Feilenhauer, Gesteinschleifer, Härter usw. durch neue Erhebungen, so weit sie nicht schon vorgenommen worden sind, getrennt studiert werden, damit die für jede einzelne Industriezweige notwendigen Beschäftigungsbeschreibungen oder Berwendungsverbote erlassen werden können.

2. Was die Verwendung des Bleies im Maler- und Anstrichergewerbe betrifft, hält die Internationale Vereinigung grundsätzlich an ihrem Vorschlag fest, das absolute Verbot der Verwendung dieses Produktes überall durchzuführen, wo es durch andre Stoffe ersetzt werden kann.

3. Die Vereinigung beschließt, daß das Bureau an die Sektionen so bald als möglich den Bericht des Herrn de Boos über die Möglichkeit des Verbots der Bleisäuren in der keramischen Industrie teile.

II. Andre gewerbliche Gifte.

A. Das Bureau wird beauftragt, auf geeignetem Wege zur systematischen Bekämpfung aller gewerblichen Vergiftungen, wie z. B. durch Blei, Quecksilber, Arsen, Chrom, Antimon usw. folgende Grundbedingungen zur Durchführung zu bringen:
1. Angehörigkeit für gewerbliche Vergiftungen für die Werkze und Krankenanstalten an die zuständigen sanitären Aufsichtsbehörden. Den Ärzten ist für diese Arbeitsleistung ein entsprechendes Entgelt zu bieten.

2. In Ländern, in welchen die gesetzliche Pflicht zur Krankenversicherung besteht, sind die Ärzte der Betriebe, welche gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, in eine von den Betriebsinhabern unabhängige Stellung zu bringen.

3. Die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte ist der Angehörigkeit durch die Betriebsinhaber unterworfen.

4. Den Krankenkassenleitungen ist nahe zu legen, daß dem Gesundheitsverhältnissen ihrer in Giftbetrieben tätigen Mitglieder im eignen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist und daß sie über diese gefährdeten Betriebe spezielle Morbiditätsstatistiken au



Die Gewerkschaften zur Bekämpfung der Vergiftungsursachen vorlegen.

5. Das Studium und die Kenntnisse gewerblicher Vergiftungen sind beim Unterricht der medizinischen Wissenschaft besonders zu fördern und die jungen Ärzte auf die wichtige prophylaktische Tätigkeit, die für den systematischen Gesundheitschutz aller gewerblichen Arbeiter notwendig ist, in besonderer Kollegien aufmerksam zu machen.

6. Zur fachmännischen Beaufsichtigung der Betriebe, welche gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, sind neben den unabhängigen Sachverständigen speziell gewerblich-gesundheitliche Ärzte zu betrauen.

7. Die Arbeitszeiten der Giftarbeiter sollen nach der Schwere der Vergiftungsgefahr geregelt werden.

B. Das Bureau wird beauftragt, eine Expertenkommission zu ernennen mit dem Auftrage, eine Liste derjenigen chemischen Substanzen aufzustellen, die den Charakter von Industriegiften tragen und diese Liste in der Reihenfolge ihrer Gefährlichkeit anzuführen. Das Bureau wird diese Liste in der geeigneten Weise zur allgemeinen Kenntnis bringen.

Nach längerer Besprechung wurde der Antrag der Kommission mit großer Mehrheit unbeschadet angenommen.

**Gesetzliche Beschränkung der Maximalarbeitszeit.**  
Professor Dr. J. J. (Paris) befuhrwortete hierauf folgenden Antrag: „Die Internationale Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz ersucht die Sektionen, die Frage der gesetzlichen Beschränkung der Maximalarbeitszeit der in Handel und Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu untersuchen und auf der nächsten Generalversammlung einen Bericht über den Stand der Angelegenheit in den verschiedenen Ländern zu erstatten.“

Professor Dr. J. J. bemerkte: Die Frage der Arbeitszeitverkürzung stehe augenblicklich in vorderster Linie. Es sei nicht nur notwendig, die Arbeitszeit der Frauen und der Jugendlichen, sondern auch die der erwachsenen Männlichen im Industrie- und Handelsgewerbe zu verkürzen. Der Antrag wurde schließlich mit 20 gegen 14 Stimmen angenommen.

Danach schloß die Generalversammlung.

## Partei-Nachrichten.

Mit der Berichterstattung über den Parteitag beschäftigten sich die Stettiner Genossen in der Versammlung ihres Wahlvereins. Der Delegierte Horn, der den Bericht gab, beschäftigte sich ebenfalls mit der Behandlung des Antrages des pommerischen Provinzialparlamentes über die Abtötung beim Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte. Er stellte vielen Delegierten zum Parteitag ein recht schlechtes Zeugnis aus durch die Behauptung, es seien viele Delegierte sachlich mit dem Antrage einverstanden gewesen, aber sie hätten sich nicht herausgetraut, nachdem Ledebour und Rebel gegen den Antrag gesprochen hatten. Er beschwerte sich auch über die Art, in der Ledebour gegen den Antrag gesprochen habe. Dies that auch Herber, der überdies erklärte, der Antrag verlange keineswegs von der Fraktion, für jedes sozialpolitische Gesetz zu stimmen. Aber für das Gesetz über die Kaufmannsgerichte hätte man stimmen sollen; das habe auch der Vorsitzende des Centralverbandes der Handlungsgehilfen gewünscht.

Die weitere Debatte bewegte sich in demselben Gedanken; nur Storch vertret eine andre Meinung. Gegen dessen Stimme wurde schließlich folgende Resolution verlesen und angenommen:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Stettin erklärt sich mit den Ergebnissen des Parteitages und der Abstimmung des Stettiner Delegierten, Genossen Horn, einverstanden, protestiert aber entschieden gegen die hochfahrende Art des Genossen Ledebour, der die Parteigenossen Pommerns als rückständig und minderwertig hinzustellen beliebt hat. Die Versammlung erblickt in dem Beschluß des pommerischen Provinzial-Parteitages kein Mißtrauensvotum gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern nur eine sachlich behandelte Meinung, die zu äußern das Recht und die Pflicht jedes Genossen ist.“

**Nichtigstellung.** Im Anschluß an die Erklärung des Genossen Kaxski in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ möchte ich nur bemerken, daß ich in Bremen nicht gesagt habe „Vertreter in einer kleinen Sektion“, sondern „Vertreter in einer kleinen Sektion“. Ich habe den Irrtum des Berichterstatters, der mich das erstere Wort gebrauchen ließ, schon gestern früh für die Protokollausgabe lorryrt, denn es konnte mit natürlich nicht bekommen, von einer Vertreterin zu sprechen, wo es sich um eine mehrköpfige Delegation handelte.

Berlin, den 28. September 1904. E. D. Bernstein.

Für die Ansichten untrer amerikanischen Genossen bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl sind die Befürwortungen der Gegner ein trefflicher Gradmesser, die sich in den üblichen Verzerrungen der Kandidaten äußern. Man verbreitet nämlich über den Genossen Van Hanford, den Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten, die Behauptung, er sei früher einmal als Streikbrecher aufgetreten und aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Diese Behauptung läßt erkennen, daß man das Eintreten der Gewerkschaften für die sozialistischen Kandidaten fürchtet; man will sie deshalb bei den Gewerkschaften diskreditieren.

Die Parteilitung untrer amerikanischen Genossen stellt fest und belegt es mit Beweisen, daß an dieser Behauptung über Van Hanford kein wahres Wort ist.

## Gewerkschaftliches.

**Abermals ein aufgedeckter Terrorismus-Schwindel.**

Der „Arbeitswillige“ als Messerheld.

Aus Halle berichtet man uns unterm 28. September: Auf Geschworene soll es einen guten Eindruck machen, wenn man sich als „leidender Arbeitswilliger“ vorstellt. Dies schien auch der Maurer Friedrich Tanz von Merseburg zu glauben, der heute wegen Körperverletzung mit Todeserfolg angeklagt war. Mitte April verbreitete die bürgerliche Presse in der Absicht, den Maurerstreik in Merseburg in Mißkredit zu bringen, die Schauermär, der Maurer Tanz, der aus einer Versammlung der Streitenden gekommen sei, habe in der Nacht zum 17. April nach stattgehabtem Wortwechsel den Arbeiter Kleinmüller auf dem Marktplatz erschossen. Von der Behauptung stellte sich durch die heutige Schwurgerichts-Sitzung allerdings als wahr heraus, daß Tanz den K. erschlag; im übrigen wurde aber das Lügenmärchen der bürgerlichen Presse gründlich zerstört. Tanz hatte nämlich nicht nur nichts mit der Organisation der Maurer zu thun, sondern er war ein braver, schon sehr oft wegen Gewaltthaten verurteilter vorbestrafter Arbeitswilliger. Er renommierete damit, zur Zeit des Streiks in Amendorf gearbeitet zu haben und will von dem Erstochenen durch die Worte: „Wessensfriehe und Streikbrecher“ gereizt worden sein. In jener Nacht sei er nicht von der Versammlung, sondern vom K. in einem Nebenraum gekommen, Tanz kam unter Jubel und mildernden Umständen mit einem Jahr sechs Monaten Gefängnis davon.

Berlin und Umgegend.

**Die Lohnbewegung in der Goldmetallindustrie.**

Am Donnerstag hielten die Streitenden und Ausgesperrten wieder eine imposante Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der große Saal saßte kaum die Menge der erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die an dem großen Kampf beteiligt sind, den der Metallarbeiter-Verband den Rühnemännern angeboten hat. — Cohen, der den Situationsbericht erstattete, führte unter anderem aus: Die Zahl der Ausgesperrten ist bei weitem nicht so groß als sie sein müßte, wenn die Fabrikanten ihrem Beschluß, 50 Proz. der Arbeiter auszusperrten, nachgekommen wären. Bis Dienstagabend

wären nicht 25 Proz. aller in den Fabriken der organisierten Fabrikanten beschäftigten Arbeiter ausgesperrt. Einzelne Firmen haben allerdings den Aussperrungsbeschluß streng durchgeführt, andere dagegen haben versucht, den Beschluß zu umgehen, und unter diesen befinden sich sogar die in der Vereinigung tonangebenden Fabrikanten. So sind bei Erich u. Gräß nicht 50 Proz., bei Frister höchstens 25 Proz. bis Dienstagabend ausgesperrt gewesen. Die Firma W. u. Stein hat noch am Tage der Aussperrung eine größere Zahl von Arbeitern eingestellt, für die sie gar keine Verwendung hatte, die dann am andern Tage wieder entlassen wurden. So mag die Anzahl der Ausgesperrten wohl erreicht worden sein, ohne daß der Betrieb auf die Hälfte reduziert worden ist. In 22 Betrieben, welche ausgesperrt haben, hat die Streikleitung noch außer den Ausgesperrten so viele Arbeiter zur Arbeitsniederlegung veranlaßt, daß diese Betriebe völlig lahm gelegt worden sind. Am gestrigen Donnerstag sollen nach dem Beschluß der Fabrikanten weitere 20 Proz. ausgesperrt werden. Es ist nun abzuwarten, wie weit dieser Beschluß ausgeführt wird, und davon wird es abhängen, wie viele Arbeiter die Streikleitung noch weiter zur Arbeitsniederlegung veranlassen wird.

Einige Fabrikanten haben bei den Arbeitern angefragt, ob der Metallarbeiter-Verband zu einer Vereinbarung, wie sie mit den Kormern abgeschlossen wurde, bereit sei. — Gewiß ist der Verband zu Verhandlungen bereit, jedoch nur auf Grundlage der gestellten Forderungen.

Eine Änderung der Situation ist nicht eingetreten. Seit Montag haben noch zwei weitere Firmen bewilligt, es sind zwar nur kleinere Betriebe, aber solche, die sich im vorigen Jahre bis zum letzten Augenblick geirrt haben, die Forderungen anzuerkennen. Die allgemeine Lage ist für die Arbeiter derart, daß niemand daran denkt, den Kampf aufzugeben. Die Bewegung ist auch jetzt noch in der Entwicklung begriffen. Wenn der Beschluß der Fabrikanten, jetzt noch 20 Proz. auszusperrten, verwirklicht wird, dann muß sich die Zahl der Ausgesperrten um 1000 bis 1500 vermehren. Entsprechend der bisherigen Taktik wird dann die Streikleitung noch eine Anzahl Arbeiter aus den Betrieben herausziehen, so daß die Zahl der in der Bewegung stehenden Arbeiter um etwa 2000 wachsen dürfte. Es ist möglich, daß, wenn die Streikleitung noch am Freitag und Sonnabend mit weiteren Arbeitseinstellungen auf die Aussperrung antwortet, die Fabrikanten dann auch die ihnen verbliebenen Arbeiter auf die Straße setzen werden. Dann ist die Situation wieder dieselbe wie im vorigen Jahre. Kein Arbeiter wird in den Betrieb zurückkehren, ehe die Streikleitung die Verhältnisse als geregelt erklärt. Wenn so durch die Schuld der Rühnemänner die Betriebe völlig lahm gelegt sind, dann wird sich zeigen, wer es am längsten aushält.

Im weiteren Verlauf der Versammlung kam die von der Firma Spinn u. Sohn im „Vorwärts“ erlassene Verurteilung zur Sprache. Die Firma hatte eine Anzahl Ausgesperrter durch Postkarten zum Wiedereintritt aufgefordert und dies damit erklärt, daß sie mehr als 50 Proz. ausgesperrt, und nur die zu viel Ausgesperrten wieder einstellen wollte. Demgegenüber sagte Cohen, Spinn u. Sohn hätten 82 Arbeiter ausgesperrt, während noch 93 im Betriebe blieben. Obgleich die Firma also nicht 50 Proz. ausgesperrt, habe sie doch schon am ersten Tage der Aussperrung wenigstens 24 Postkarten an Arbeiter versandt, die wieder zur Arbeit aufgefordert wurden. Jetzt, nachdem die Streikleitung noch eine Anzahl Arbeiter aus der genannten Fabrik herausgezogen hat, sind allerdings mehr als 50 Proz. draußen. Die Aufforderungen der Firma zum Wiedereintritt mögen den Zweck gehabt haben, daß die Firma, was ihr nach den Abmachungen der Fabrikanten gestattet ist, mit den Arbeitern wechseln wollte.

### Die Streikbrecherorganisation der Rühnemänner.

Als die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten vor einiger Zeit die nichtorganisierten Arbeiter aufforderte, sich in die Listen der Fabrikanten einzuschreiben, um im Falle eines Lohnkampfes Unterstützung zu erhalten, da suchten die Fabrikanten ihr Vorgehen damit zu erklären, daß sie sagten, sie wollten nichts weiter, als den ihnen treu zur Seite stehenden Arbeitern dieselbe Unterstützung zu teil werden lassen, welche die organisierten Arbeiter beziehen. — Was damals sogleich erkannt, von den Fabrikanten aber bestritten wurde, nämlich daß es sich um nichts anderes handelt als um die Bildung einer von den Unternehmern protegierten Streikbrecherorganisation, das tritt jetzt klar zu Tage. Die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten giebt durch Rundschreiben bekannt, daß die nichtorganisierten, welche sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eintragen ließen und jetzt ausgesperrt werden, durch den Arbeitsnachweis andre Arbeit — also als Streikbrecher! — erhalten, oder wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden kann — der Fall tritt während des Streiks natürlich nicht ein — sollen die nicht verwendbaren Streikbrecher pro Tag 2,50 M. erhalten. Wer sich als Inorganisierte noch jetzt bei den Fabrikanten eintragen läßt, erhält zwar keine Unterstützung, aber es werden ihm zehn Betriebe zur Auswahl überlassen, um in einem derselben in Arbeit zu treten. Man sieht also, daß die organisierten Arbeiter mit vollem Recht seiner Zeit das Manöver der Fabrikanten kennzeichnen und jede Gemeinschaft mit denen ablehnen, die den Verheißungen der Fabrikanten folgten und der Organisation ihrer Arbeitsbrüder fern blieben.

Ob die Zusage der Unterstützung an die bei den Fabrikanten eingetragenen Arbeiter jemals erfüllt werden wird, daran darf man wohl mit Recht zweifeln. Als eine nichtorganisierte Arbeiterin, die jetzt mit ausgesperrt ist, bei dem Meister unter dem sie gearbeitet hatte, Anspruch auf die verheißene Unterstützung erhob, gab ihr der Meister die beleidigende Antwort: So eine häßliche Wondine brauche doch die Unterstützung nicht, die könne doch in der Friedrichstraße viel mehr verdienen als sie an Unterstützung erhalten würde.

So also sieht es mit dem Lohn aus, den die den Fabrikanten ergebenen Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren „Schutzherren“ zu erwarten haben.

**Der Streik in der Metallblechfabrik von Westphal u. Reinhold** hat sich in den letzten Tagen weiter ausgedehnt, indem auch die Arbeiter der Tischlerei, der Wappmanufaktur, der Glaserie und der Radiererei die Arbeit niedergelegt haben. Am Sonnabend kündigte Wessensfriehe, als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes Herrn Reinhold an, daß diese neuen Arbeitsniederlegungen bevorstünden; dieser hielt es aber nicht für nötig irgend welche Schritte zu einer Einigung zu unternehmen. Am Dienstag teilen die Streitenden der Firma mit, daß sie unter folgenden Bedingungen geneigt seien, die Arbeit wieder aufzunehmen:

1. Das Ausschreiben der Lohnzettel geschieht am Wochenschluß.
2. Das frühere Fertigtellen einer kleineren Zahl von Arbeiterstellen und ähnlichen Arbeiten als Teile eines großen Accords geschieht nur nach vorheriger Verständigung über den für diese Extraarbeiten zu zahlenden erhöhten Accordpreis.
3. Der seit 1 1/2 Jahren versprochene Accordtarif für Schlosser wird als Vorlage zwecks Beratung und Beantwortung spätestens bis zum 1. Oktober 1904 der Kommission überreicht.
4. Accordreduzierungen finden nur nach vorherigen technischen Verbesserungen statt. Wird bei diesen Reduzierungen der einzelne Arbeiter nicht mit seinem Meister einig, so tritt der zu bildende Arbeiterausschuß mit der Geschäftsleitung in Unterhandlung. Gerichten sich auch diese Verhandlungen, so bleibt entweder der alte Accordpreis bestehen, oder der Stundenlohn wird bei dieser Arbeit gesichert.
5. Der Berliner Schlossertarif wird anerkannt.
6. Alle Streitenden kehren an ihre alten Plätze zurück; Maßregelungen finden nicht statt.

Auf diese Forderungen zu antworten, hat die Firma nicht für nötig erachtet, obgleich durch den Streik in seiner jetzigen Ausdehnung der ganze Betrieb bald ins Stoden geraten muß. Dagegen waagt die Firma mit großer Sorgfalt über ihre Streikbrecher, und die Polizei leistet ihr dabei, nach dem zu urteilen, was in einer gestern abgehaltenen Besprechung der Streitenden mitgeteilt wurde, weit über das allgemeine Maß hinausgehenden Beistand. Die Streikbrecher werden in Möbelwagen transportiert, und, wie berichtet wurde, werden sie abends an einer Abstellstelle, die sich vor dem Hause Altkoabit 84 befindet, also ziemlich weit entfernt von der Fabrik am Wedding, von Schutzeuten empfangen, die offenbar streng darüber wachen, daß sie nicht etwa von einem der dem Wagen nachgefahrenen

Streikposten angeprochen werden. Ferner wurde berichtet, daß gestern morgen ein Schuhmann zunächst eine von Streikposten angeprochene Arbeiterin ausgefragt, dann plötzlich auf die Streikposten zugeworfen sei mit den Worten: „Sie haben die Dame beleidigt.“ Ähnliches soll öfter vorgekommen sein, so daß die Beamten sich erst informieren, ob die Arbeitswilligen sich vielleicht beleidigt oder belästigt fühlen, und auf Grund dessen gegen die Streikposten vorgehen. Wohin sollte es wohl führen, wenn solch' ausgebeuteter Polizeischutz allgemein gemacht würde, wenn jeder, der irgendwie angeprochen wurde, von der Polizei befragt werden sollte, ob ihm nicht irgend ein beleidigendes Wort gelagt worden ist? — Wenn die Polizei die fortdauernden Eistrierungen mit der üblichen „Verlehrsicherung“ zu begründen sucht, so muß das hier ebenso unpassend erscheinen wie bei so vielen andren Streiks. Denn das Süd-Ufer, wo die Fabrik liegt, ist eine der verkehrsreichsten Straßen Berlins und gegenwärtig noch dazu wegen Straßenbauarbeiten gesperrt. Uebrigens wurde auch in der Besprechung erwähnt, daß einige Beamten die ihnen auferlegte Amtspflicht mit Höflichkeit und ohne überflüssige Nebenarten erfüllen. — Zur Streikarbeit sucht der Firmeneinhaber alle möglichen Leute heranzuziehen, sogar seine Bureau-Angestellten und Schreiber. Einer von diesen, ein junger Mann, hat sich dieser Arbeit geweiht und wurde deswegen entlassen. Unter denen, die Streikarbeit machen, ist der Salmelzer Piersch, Stefanstraße 61, und der Bespannermeister Hartmann, Tegelerstraße 30. Beide betreiben nebenbei ein Seifengeschäft, das, wie die Streitenden erklärten, der Arbeitererschaft besonders empfohlen werden sollte. — Ferner machte Wessensfriehe darauf aufmerksam, daß die „Volks-Zeitung“, obwohl sie in ihrem redaktionellen Teil in der Regel mit anerkennenswerter Sachlichkeit über Vorgänge in der Arbeiterbewegung berichtet, in ihrem Annoncenteil fortgesetzt Streikbrecher-Besuche aufnimmt. Der Redner forderte die Anwesenden auf, überall Propaganda gegen dieses Blatt zu machen, so lange hierin keine Änderung eintritt. — Im übrigen zeigte die Besprechung, daß die Streitenden einmütig im Kampfe aushalten.

**Die Rahmenvergolder** waren am Mittwoch in den Arminkallen versammelt, um über die zu stellenden Lohnforderungen definitiv zu beschließen. Die Verlesung der Präferenzliste ergab, daß ungefähr 50 Proz. aller in der Branche beschäftigten Kollegen erschienen waren, die fast alle der Organisation (Vergolder-Verband) angehören. Das einleitende Referat über die zu stellenden Forderungen hieß Spöthe. Die Vergolder fordern: 1. Eine Verbesserung der bestehenden Löhne um 10 Proz. Wäher betrug der Minimallohn 24 M., der Durchschnittslohn 26,40 M. Die jungen ausgetretenen Kollegen wurden jedoch von den Meistern mit geringeren Löhnen abgepeist. Der 2. Punkt: Lieferung familiärer Binsel durch den Meister, ist eigentlich etwas Selbstverständliches. Weiter verlangen die Vergolder bei Beschäftigung außer der Werkstatt (auf Bauten usw.) pro Tag 1 M. Lohnzuschlag und die Einführung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit pro Woche da, wo bisher noch länger gearbeitet worden ist. In diesem Jahre war die Konjunktur etwas günstiger, vor allem bei der Firma Bösch, welche die Arbeiten bei Wertheim ausgeführt hat und können die Arbeitsverhältnisse dabei selbst als geregelt bezeichnet werden. Ebenso gewährt die Vereinigung der Kunstfreunde ihrem Personal den Tarif und alle zwei Jahre von selbst 1 M. Zulage. Von den alten Kollegen daselbst ist seit Gründung des Geschäfts noch keiner entlassen. Bei der Firma Rood dagegen sei eine Lohnaufbesserung von 10 Proz. sehr am Platze, da diese Firma die von ihr ausgeführten Schloßarbeiten gut bezahlt bekomme. Die Firma Wethege bezahlt nur gut, wenn sie unbedingt muß, im übrigen drückt sie die Löhne möglichst herunter und läßt fleißig Überstunden machen. Sehr notwendig sei es auch, die volle Lohnzahlung am Sonnabend und zwar in der Werkstatt zu verlangen. In der sehr regen Diskussion wünscht ein Kollege 25 Proz. Zuschlag für Überstunden; dies wird ebenfalls zur Forderung erhoben. Von anderer Seite wird für die jungen Kollegen, die über ein Jahr ausgetreten haben, ein Minimallohn von 25,50 (bisher 24) Mark verlangt. Auch diese Forderung findet einstimmige Annahme. Eine viergliedrige Kommission, bestehend aus Johike, Heinemann, Bahold und Schwarz, soll neben dem Vorstand behufs Durchführung mit den Meistern verhandeln. Mitgeteilt wurde noch, daß der ab 1. Oktober seitens der Innung erteilte Arbeitsnachweis, da völlig überflüssig, für die Verbandskollegen gesperrt ist.

**Der Streik der Lugschpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen** hat sich nun auch auf die Firmen Hagelberg, Sala, Vittauer u. Vohsen, Hellriegel, Heymann u. Schmidt und Grimm ausgedehnt, indem die Träger und Trägerinnen dort einmütig die Arbeit niedergelegten, weil einige von ihnen Streikarbeit machen sollten. Die Zahl der Streitenden ist jetzt auf ungefähr 600 angewachsen. Gestern sind wiederum mehrere Eistrierungen von Streikposten vorgenommen worden. Vor einer Fabrik wurden fünf Arbeiterinnen davon betroffen; sie wurden eine halbe bis zu einer vollen Stunde auf der Wache gehalten. — Heute abend findet bei Keller eine öffentliche Versammlung der Lugschpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in der über den Streik gesprochen wird.

**Achtung, Lugschpapier-Branche!** In folgenden Firmen befinden sich die Kollegen und Kolleginnen im Ausstand resp. wird Streikarbeit angefertigt, sie sind infolgedessen als gesperrt zu betrachten und streng zu meiden: Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 28, Bödme, Reichsbergerstr. 158, Finkenrat, Schlegelstr. 31, Schwertfeger, Reindendorferstr. 54b, Hochstein u. Weinberg, Wassertorstr. 80, Friedheim u. Sohn, Holzmarktstr. 53, Heine, Weinmeisterstr. 8, Griebnitz, Dragonerstr. 22, Mittelmann u. Wegner, Alexanderstr. 9, Vittauer u. Vohsen, Skalierstr. 104, Heymann u. Schmidt, Schönhauser Allee 164/65, Hellriegel, Kochstr. 5, und Stange, Weichstr. 3, Hagelberg, Sala, Grimm.

Die Lohnkommission.

**Die bei der Victoria-Speicher-Aktien-Gesellschaft** beschäftigten Arbeiter legten am Freitag die Arbeit nieder, nachdem hinsichtlich ihrer Forderungen auf Erhöhung des Lohnes eine Einigung mit der Direktion nicht erzielt werden konnte. Am zweiten Tage des Streiks erklärte die Direktion bereit, mit einem Vertreter der Verwaltung Berlin I des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter, welcher letzterem die Arbeiter als Mitglieder angehören, zu verhandeln. Es wurde dadurch eine Einigung herbeigeführt und ein Tarifvertrag auf die Dauer von einem Jahre abgeschlossen. Die Lohnsätze sind wie folgt geregelt: Die Wäger erhalten einen Lohn von 50 Pf. pro Stunde, die Binder und die alten Arbeiter, welche zur Zeit der Lohnbewegung im Speicher beschäftigt waren, erhalten einen Stundenlohn von 46 1/2 resp. 45 Pf.; alle neu eintretenden Arbeiter erhalten 40 Pf. pro Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei 2 Stunden Pause. Auch die Bezahlung der Überstunden, welche in dringenden Fällen während der Zeit von 6—10 Uhr abends gemacht werden müssen, wurde geregelt. Falls ein Arbeiter außerhalb des Speichers beschäftigt wird, erhält derselbe außerdem eine Extravergrütung von 1 M. Durch diese Abmachungen erzielte die in Frage kommenden Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 3—8 M. pro Woche.

Die Arbeiter von dem Speicher Ostbahnhofsgebäude folgten dem Beispiel ihrer Kollegen und erreichten durch ihr Vorgehen eine Lohnaufbesserung von 35 auf 40 Pf. pro Stunde.

**Beleidigte Bädermeister.** Um die übrigen Bädermeister leichter zur Zurückziehung der Forderungen zu bewegen, und damit die Gesellschaft durch eine recht große Zahl von Zurückziehungen überlastet werden sollte, hatte der Postkassenbeamten der Bädermeister auf den Listen, die er der Streikleitung einbande, eine große Anzahl von Bädermeistern die „Bewilligung zurückziehen“ lassen, die inhaltlich nie mals die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten. Auf einer dieser Listen, an deren Kopf die Worte prangten: „Wir Unterzeichneten erklären, daß wir die seiner Zeit gegebene Bewilligung der Gesellenforderung hiermit zurückziehen.“ stand an erster Stelle unterschrieben: W. Schwienhagen, Schönhauser Allee 126 a. Selbstverständlich kam nach dieser seiner eignen Er-



klärung der Name dieses Herrn in den „Vorwärts“ unter die Liste der Zurückgezogenen. Nummer hat der Mann gegen den Genossen Heichold bei der Staatsanwaltschaft Anklage wegen — Verleumdung erhoben, weil „er im „Vorwärts“ unter der Liste der Zurückgezogenen gestanden hätte, aber niemals bewilligt habe.“

Für die verblüffende Anklage giebt es nur drei Möglichkeiten, die Sache erklärlich zu machen: Entweder hat der Wäldermeister ein sehr kurzes Gedächtnis, oder er glaubt, die Streikleitung ist nach so langer Zeit nicht mehr im Besitz der Listen. Die dritte Möglichkeit wäre eine Fälschung durch einen der Unterschriftenausgeber, was immer dem Populär-Abwehranspruch zur Last fällt.

Der Prozeß dürfte in erster Linie geeignet sein, die sauberen Praktiken der Wälderinnung in diesem Kampfe ins rechte Licht zu rufen, da die Gesellschaft sämtliche Dokumente sehr sorgfältig aufbewahrt hat.

#### Erklärung.

Zu dem Verfassungsvertrag der Sektion der Fliesenleger des Centralverbandes der Maurer in Nr. 227 des „Vorwärts“ vom 27. September, der den Kollegen nahe in seinem Bericht über die bisherigen Einigungsverhandlungen sagt: „daß keine Aussicht auf ein Zustandekommen der Einigung vorhanden wäre, und die Delegierten der Sektion deshalb von weiteren Verhandlungen zurückgetreten sind, und daß nach seinen Eindrücken von dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen es nur eine Scheineinigung geworden sein würde.“ erklären wir folgendes: Entgegen den Ausführungen Rades ist die beste Aussicht einer Vereinigung der noch verhandelnden beiden Organisationen vorhanden. Rade weiß selbst, daß jetzt ein einheitliches Statut — das er selbst schon in Händen hatte — beraten wird. Diese Beratung hat schon gute Fortschritte gemacht. Daß die Delegierten der Sektion von den weiteren Verhandlungen zurückgetreten sind, ist ja für die Sache sehr bedauerlich; trotzdem können dieselben aber doch nicht annehmen, daß die Einigung nun vollends scheitern wird. Sollten die Sektionsdelegierten aber zurückgetreten sein, um dadurch eine „Scheineinigung“ zu vermeiden, so würde dies allerdings unser Bedauern wesentlich abmildern; im Gegenteil, wir würden dann ihren Schritt sogar gut heißen können. Uns aber besetzen keine „Scheineinigungsbesprechungen“, sondern wir wollen wirkliche, ehrliche Einigung auf Grund gegenseitiger Rechnungstragung der Bestimmung und Ansichten.

Die Einigungskommission der Fliesenleger.  
J. A.: Herm. Kuntzsch.

#### Deutsches Reich.

Bei der Firma G. W. Hempe in Ludenwalde sind Differenzen ausgebrochen. Der Unternehmer will den Arbeitern eine Fabrikordnung aufzuerheben. Die Firma ist Lohnwebererei und hat ihre Stühle stehen bei Levin u. Verwardt. Vor Jutag wird gewarnt, da sämtlichen Webern gefährdet wurde.

Wieder ein Wahlsieg einer freien Gewerkschaft in Offen. Schlag auf Schlag trifft die Christlichen! Von der fürchtbaren Niederlage bei der Gewerbegerichtswahl noch nicht erholt, mußten sie den Schmerz der Niederlage bei der Knappschafswahl erleben und nun schon wieder ein Stief. Am Montag fand die Gefellenauswahl der Malerinnung statt. Die freie Gewerkschaft siegte mit 80 Stimmen gegen die vereinigten Gegner, die 25 Stimmen aufbrachten. Offen gehört uns, damit müssen die Christen sich abfinden. Aufcheinend hat die Stadtverwaltung Mitleid mit den Geschlagenen, es soll ihnen wieder ein Plätzen im Gewerbegericht freigemacht werden. Im Jahre 1902 räumten sich die Christlichen noch der sicheren Majorität, ein Antrag des Gewerkschaftsvereins auf Einführung der Verhältniswahl wurde glatt abgelehnt. Nun die Christlichen die Hölle unüberbrücklich fortzuschwimmen sahen, entbrannten sie in heißer Liebe für das Proportional-Wahlsystem. In der nächsten Sitzung der Stadtväter steht ein diesbezüglicher Antrag zur Verhandlung und es ist wohl sicher, daß er angenommen wird. Retze was retten kann!

Einen schönen Erfolg erzielten die Gasarbeiter der Frankfurter Gasgesellschaft bei einer Aussperrung. Sie waren vorige Woche bei der Direktion um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingekommen. Diese lehnte aber ursprünglich ein Verhandeln mit dem Vertreter des Fabrikarbeiter-Vereins, wie auch mit einem Arbeiter der Fabrik ab. Und als sich die Arbeiter mit dem Vorgehen ihrer Sprecher solidarisch erklärten, wurden 40 Mann Knall und Fall entlassen. Der Leiter des Fabrikarbeiter-Vereins wandte sich nun an das Gewerbegericht und hat um dessen Vermittlung. Und hier zeigten sich die Direktoren auf einmal entgegenkommend. Die Solidarität der Arbeiter hatte sie jedenfalls doch zur Bestimmung gebracht. Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt wurden folgende Lohn- und Arbeitsbedingungen proklamiert: 1. Einföhrung eines Arbeiterschlusses, welcher den Bedingungen der Gewerbe-Ordnung entspricht. 2. Sofortige Umwandlung der 24stündigen Beschäftigung in eine 18stündige, wobei die Direktion noch erklärte, daß sie gewillt sei, auf diesem Gebiete noch weitere Verbesserungen durchzuführen. 3. Der Lohn beträgt vom 1. Januar 1905: a) für Ofenarbeiter 4 M. im ersten, 4,20 M. im zweiten Jahre; für jedes weitere Jahr 10 Pf. mehr, bis zum Höchstlohn von 4,50 M. pro Schicht. (Bisher betrug der Schichtlohn 3,70 M.) b) für Hofarbeiter im ersten Jahr 3,30 M. und von da ab 3,50 als Höchstlohn. (Bisher wurde pro Schicht 3,10 M. bezahlt.) 4. Sämtliche Entlassenen werden wieder eingestellt. Auch ist im Protokoll bestimmt, daß der Organisation der Arbeiter nichts in den Weg gelegt werden soll. — Diese Bedingungen sind weitgehend als die Forderungen der Arbeiter und die Organisation der Fabrikarbeiter kann mit Recht stolz sein auf diesen Erfolg.

Aus Bremen wird uns telegraphiert, daß die Arbeitsaufnahme der Tischler noch nicht erfolgt ist. Die Streikkommission ersucht, den Zugang noch fernzuhalten, bis alle Verhältnisse geregelt sind.

#### Ausland.

##### Die italienischen Eisenbahnen nach dem Streik.

Rom, den 27. September. (Eig. Ber.) Die minimale Beteiligung der Eisenbahnen am Generalstreik ist für diese Kategorie selbst eine Ursache großer Beschämung. Gestern sind nun im Gewerkschaftshaus der Eisenbahnen in Mailand die Ausschüsse der Organisation „Aidatto“ und die Vorstände der Zweigabteilungen der „Federazione“ zusammengetreten, um über das Ausbleiben der Eisenbahnen beim Generalstreik zu beraten. Es wurde festgestellt, daß in folgenden Stationen die Arbeitsenthaltung vollkommen war, sowohl was das Stations- und Werkstattpersonal als das von hier ausfahrende Maschinen- und Zugpersonal betrifft: Benedig, Alexandria, Arona, Rivarolo, Genua und Sampierdarena.

Um die Ursachen dieses Mißerfolges zu prüfen, beschloßen die Anwesenden, einen außerordentlichen Kongreß der italienischen Eisenbahnen für den 7. und 8. Oktober in Rom einzuberufen. Unter dem ersten Punkt der Tagesordnung wird über die Ursachen der mangelnden Beteiligung am Generalstreik verhandelt und über die sich daraus ergebenden Maßnahmen. Der Kongreß wird weiter einige dringende berufliche Fragen behandeln.

Winnipeg, 29. September. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Der Ausfall bei der Canadian Pacificbahn ist beendet; 1000 Leute haben die Arbeit wieder aufgenommen.

#### Soziales.

Um die Landarbeiter in Dänemark schärf zu machen, wollen Staat und Kreis jetzt mit dem Bau von Landarbeiter-Wohnungen vorgehen. So hat der Kreis Johannisburg nach dieser Richtung weitgehende Verhältnisse gefaßt. Es ist eine Vorlage ausgearbeitet und dem Kreisrat vorgelegt worden, der einstimmig 160 000 M. aus-

Kreismitteln für diese Zwecke bewilligte. Zu dieser Summe tritt noch in Kürze eine gleiche aus Staatsmitteln. Nach den aufgestellten Grundrissen kann nicht nur der Besitzer für seine Arbeiter Wohnungen bauen, sondern der Arbeiter selbst wird in die Lage versetzt, sich ein selbständiges Heim zu gründen. Auch der Kreis-ausschuß will Arbeiterwohnhäuser auf eigene Kosten errichten und dann den Arbeitern als Eigentum abtreten oder vermieten. Das Vorgehen hat gewiß Licht- und Schattenseiten für die Arbeiter; es ist aber immerhin löblicher als die Schaffung eines Kontraktbruch-Gefehes.

Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert ist für Königsberg eingeführt worden. Am 1. April 1905 soll sie bereits in Kraft treten. Ein dahingehender Antrag des Magistrats wurde am Dienstag von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten den Antrag eingebracht, solchen Vaugenossenschaften, die Minderbemittelten billige Wohnungen verschaffen wollen, den gemeinen Wert nur mit drei Vierteln in Anrechnung zu bringen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, trotzdem bei dem jetzigen Steuerhystem die Vaugenossenschaften diese Vergünstigung haben. Von einschneidender Bedeutung ist diese Grundsteuer besonders für die einzugemeindenden Orte. Bekanntlich soll die Eingemeindung am 1. April 1905 perfekt werden. Es sind alsdann große Ländereien vorhanden, die von der Steuer betroffen werden.

Doppelt hält besser. Vor einigen Tagen veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ und jetzt noch ihm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Auszug aus den Ergebnissen einer sehr wertvollen Untersuchung des württembergischen Sanitätsrats Dr. Eiben über die Zusammenhänge zwischen Tuberkulose und dem Beruf und Alter. Diese selbe Veröffentlichung hat der „Reichs-Anzeiger“ schon im März d. J. gebracht, nur mit dem Unterschiede, daß sie damals dem Original entnommen war und diesmal dem Auszuge einer Zeitschrift entstammt. So was kommt ja mit Kleinigkeiten überall mal vor, aber selbst den loerresten „Reichs-Anzeiger“ darauf zu betreffen, macht ihn uns immerhin interessanter.

#### Armenverband und Rentenbezieher.

Der Maurer P. hatte zu einer Zeit, als er im Irrenhause verpflegt wurde, Anspruch auf Unfallrente in Höhe von 77 M. monatlich. P. war wegen Gemeingefährlichkeit durch die Polizei dem Irrenhause der Provinz Kormern überführt worden. Sein Geisteszustand hing in keiner Beziehung mit dem Betriebsunfall, der ihm die Rente brachte, ursächlich zusammen. Trotzdem verlangte der Land-Armenverband Ersatz der von ihm für die Verpflegung P. in der Provinzial-Irrenanstalt aufgewandten Kosten aus der Unfallrente gemäß § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes, und zwar 50 M. monatlich. Der Bezirksauschuß wies die Klage des Armenverbandes ab, weil keine Hilfsbedürftigkeit P. im Sinne des Armenrechts und des § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes bei der Einlieferung vorgelegen habe. Es habe sich lediglich um einen polizeilichen Akt gehandelt. Auch später, als man P. eine Heilbehandlung in der Anstalt angeheben ließ, sei er nicht im Sinne der hier in Betracht kommenden Gesetze „hilfsbedürftig“ gewesen, denn es habe ihm ja eine Rente von 77 M. zugestanden. Damit falle der Anspruch aus § 25. Das Ober-Verwaltungsgericht hielt das Urteil des Bezirksauschusses aufrecht, aber aus ganz anderen Gründen. Was der Bezirksauschuß ausführt, sei nicht stichhaltig. Das Urteil sei insofern im End-ergebnis aufrechtzuerhalten. Der Senat gehe davon aus, daß der § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes nur Ersatz seiner Kosten verlangen könnte, wenn der Unfall, wegen dessen P. die Rente erhielt, zugleich die Ursache der Geisteskrankheit und damit der Aufnahme P. in die Irrenanstalt und seiner dortigen Verpflegung gewesen wäre. Da ein Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Geisteskrankheit nicht bestehe, so müsse aus diesem Grunde die Klage des Landarmenverbandes abgewiesen werden.

#### Aus Industrie und Handel.

Japan und Rußland in Geldverlegenheiten. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ hat die japanische Regierung die Aufnahme einer neuen fünfprozentigen inneren Anleihe in Höhe von 80 Millionen Yen (ca. 168 Millionen Mark) beschlossen. Der Emissionskurs ist auf 92 Proz. festgesetzt, also wesentlich niedriger, als bei den bisherigen Anleihen; denn die im Frühjahr aufgenommene innere japanische Anleihe hatte einen Emissionskurs von 95 Proz. und die sechsprozentige auswärtige Anleihe im Betrage von 10 Millionen Pfd. Sterl. einen Kurs von 93 1/2 Proz.

Auf anderem Wege verschafft sich Rußland die nötigen Mittel; es setzt die Notenpresse in Bewegung. Wie gemeldet wird, hat es 20 Millionen neue Kreditrubel-Villette herstellen lassen. Da seit Ausbruch des Krieges bereits außerdem 170 Millionen ausgegeben worden sind, befinden sich jetzt über 800 Millionen Kreditrubel im Umlauf.

Trustbestimmungen und Kohlen-Syndikat. Schon bei der Besprechung des Montantrusts Gelsenkirchen-Schalker-Aachener Hüttenverein haben wir die Vermutung ausgesprochen, daß der neugebildete Trust später die erste beste Gelegenheit ergreifen könnte, „um unter irgend einem Vorwande den Syndikats-Vertrag zu brechen oder das Kohlen-Syndikat vor Ablauf der Vertragsdauer zu einer ihrer Betriebe gütigeren Regelung der Produktions- und Absatzbedingungen zu zwingen.“ Tatsächlich scheint schon jetzt das letztere beabsichtigt zu sein, allerdings nicht von dem oben erwähnten Trust, sondern von der Vereinigung Deutsch-Luxemburgische Bergwerkgesellschaft Friedländer Nachbar. Die Bergbau-Aktiengesellschaft Friedländer Nachbar verhandelt nämlich zur Begründung der vorge schlagenen Fusion mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft ein Rundschreiben, in welchem folgender Satz vorkommt: „Die Ausgestaltung der Fusion wird erleichtert durch ihre Hüttenzweigen-Eigenschaft und wirkt auch auf die zukünftige regelmäßige Beschäftigung von Friedländer Nachbar nach durchgeführter Vereinigung zurück. Nach unserm Urteile werden sich die Erfolge auf den Hütten und der Hütte bald zeigen usw.“

Danach sehen die Vertreter dieser Fusion in dem § 1 des Kohlen-Syndikats-Vertrages kein Hindernis, schon sofort nach der Vereinigung, nicht erst nach Ablauf der Syndikatsdauer, den Teil ihrer Kohlenförderung, der über die Beteiligungsziffer hinaus gefördert wird, der Hütte zum Selbstverbrauch zuzuführen, ohne daß dieser auf die Beteiligung im Syndikat zur Anrechnung kommt. In diesem Sinne faßt auch das Hütten-Organ, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die Äußerung auf und sucht in einer langen Darlegung der Bestimmungen des Syndikats-Vertrages, speziell des Absatzes 2a, Absätze 2, der von dem Selbstverbrauch der Hüttenwerke handelt, nachzuweisen, daß die Folgerungen, welche das Rundschreiben aus jenen Vertragsbestimmungen zieht, nicht stichhaltig sind.

„Wie läßt sich“, fragt das Blatt, „nach diesen Satzungen nun eine Auffassung rechtfertigen, die dahin gehen würde, daß man bei einer Fusion mit einer sogenannten Hüttenzweige das über die Beteiligung im Syndikat hinausgehende Förderquantum als Selbstverbrauch der Hütte zurechnen dürfe und dann auf die Beteiligung nicht anzurechnen brauche? Denn nur auf solche Weise kann die durch die Fusion erworbene Hüttenzweigen-Eigenschaft zur Ausgestaltung der Fusion, die bis dahin nur auf ihre Beteiligungsziffer im Syndikat angewiesen war, nutzbar gemacht werden. Man muß hier wohl bemerken, daß bei der Fusion der Hütte Friedländer Nachbar mit der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft eine Fusion mit einem Unternehmen stattfindet, welches bereits Hüttenzweige, d. h. ein Hüttenbesitzer, der auch eine Eisenhütte besitzt, war und als solcher den Verbrauch in seinem Hüttenwerke von dem Verkauf an das Syndikat ausgeschlossen hatte. F. welche ist bei dem Schaller Gruben- und Hütten-Verein der Fall, der bei seinem Eintritt ins Syndikat Besitzer der Hütte Pluto war. Läßt der Vertrag die oben angebeulete Aus-

legung zu, dann sehen wir darin eine schwere Gefahr für die Existenz des Syndikats. Schon die Freigabe des Selbstverbrauchs für die sogenannten Hüttenzweige hat eine enorme Verschiebung in dem Beschäftigungsgrade der Syndikats-Mitglieder herbeigeführt, wie sie in diesem Maße gewiß nicht erwartet worden ist. Während die Hüttenzweige ihre volle Förderfähigkeit ausnützen können, müssen die „reinen“ Hüttenzweige über die Förderung einsparen, und statt daß die Einschränkungsmaßnahmen im Syndikat und in seinen Unterabteilungen mit Eintritt des Herbstes sich vermindern, wachsen sie von Monat zu Monat. . . Die sind zwar der Ansicht, daß eine solche Auslegung der Syndikatsbestimmungen nicht statthaft ist und daß für die Unterzeichner des Vertrages lediglich die Bestimmungen des § 1 die Richtschnur bilden dürfen, wonach sie ihre gesamte Produktion an das Syndikat verkaufen haben, ohne die Nebenabficht, sich später durch Fusionen mit Hüttenzweigen für die Ausgestaltung ihrer bis dahin „reinen“ Hütten gütigeren Ausnahmeverbindungen zu erwirken. Denn der Passus des Vertrages § 1, Abs. 2, Absätze 2, besagt ausdrücklich, daß nur für diejenigen Hüttenbesitzer, welche bei Abschluß des Vertrages gleichzeitig Eigentümer von Hüttenwerken waren, die zum Verbrauch in ihren Hüttenwerken gelangenden Kohlen usw. nicht auf die Beteiligungsziffer angerechnet werden sollen.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat Recht. Sinegemäß können die Vertragsbestimmungen nur so ausgelegt werden, wie sie meint; aber unbestimmt ist der betreffende Paragraph sicherlich, und es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß er von den neu entstehenden Trusts in dem ihnen vortheilhafteren andern Sinne interpretiert wird. Halten sie allen Vorstellungen zum Trost an ihrer Auffassung fest, was dann? Dann können sich noch recht heftige Kämpfe im Kohlen-Syndikat entzünden, die vielleicht sogar zu einer Sprengung führen.

Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft, Berlin. Sind auch die Zeiten vorüber, wo die Gesellschaft Dividenden von 100 und mehr Prozent verteilte, so hat sie doch im letzten Geschäftsjahre wieder einen recht ansehnlichen Gewinn erzielt. Nach dem Geschäftsbericht ergibt sich ein Reingewinn von 339 883 M., aus dem eine Dividende von 12 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahre, verteilt werden soll. Das günstigere Ergebnis wird darauf zurückgeführt, daß sowohl in der Gasglühlicht- als in der elektrotechnischen Abteilung der Umsatz sich gehoben hat.

#### Aus der Frauenbewegung.

Die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson wurde in einer Versammlung in Ludenwalde beschlossen, wo Genossin Gräbner referiert hatte. Gewählt wurde Frau Tabert.

#### Witterungsübersicht vom 29. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	764	SW	—	bedeckt	12	Habaranda	765	SW	—	Zwolken	7
Hamburg	763	SW	2	bedeckt	12	Petersburg	771	SW	—	1 bedeckt	9
Berlin	762	SW	2	bedeckt	13	Tort	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	761	S	2	bedeckt	11	Werdsee	767	SW	—	1 heiter	6
München	763	SW	4	bedeckt	10	Paris	762	W	—	3 Regen	11
Wien	764	SW	1	Regen	11						

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. September 1904.  
Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und schwachen südöstlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**6. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 27. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maler  
**Eduard Pilka**  
Rügenerstr. 23.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 30., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Friedensgemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Diesem allen Freunden und Bekannten (sowie der werthen Rundschau) die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam, Herr  
**Hermann Krüger**  
Chausseestraße 48  
am Montag, den 26. September, verstorben ist.  
Dies zeigen im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an  
**Familie Krüger,**  
Schwager und Braut.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus statt.

Am Montag, den 26. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur  
**Ernst Zimmermann**  
im Alter von 48 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an, um stille Teilnahme bittend  
17006  
**Emma Zimmermann**  
und Kinder.  
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 30. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Stantenhouses am Urban aus nach dem neuen Jakobskirchhof, Nordost, Hermannstraße.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.**  
(E. S., Eich Gofha.)  
Bezirk Berlin 5.  
Am 27. September 1904 verstarb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Schmelz  
**Franz Piletzky**  
im Alter von 35 Jahren an Nierenverletzung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Augusta-Hospitals nach dem neuen Norderly Kirchhof in Reinickendorf, Berlinerstraße, statt.  
Die Ortsverwaltung.  
Berlin 5.

**Stukkateure.**  
Am Dienstag, den 27. September, verstarb nach langem schwerem Leiden unser Kollege  
**Ferdinand Ulrich**  
im 27. Lebensjahre an der Prostatakreislauferkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Samstag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Weidemanns-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) statt.  
Mögl. zahlreiche Beteiligung ersucht  
175/6  
Die Ortsverwaltung des Central-Verbandes der Stukkateure, Filiale Berlin.

**Danksgiving.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Schirn meinen herzlichsten Dank. Ebenfalls bedanke ich mich bei den Kollegen der Firma Schirn für die Unterstützung, die sie mir und meinem lieben Manne erwiesen haben.  
5202  
Witwe **Anna Burdack.**  
Für die innige Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Kerstun und dem Personal der Firma Matz & Co., dem Bahloer (VI Kreis), sowie den Stammsägern des Restaurateurs Winkelsohn meinen herzlichsten Dank.  
5212  
Witwe **Emilias** nebst Kindern.

**Danksgiving.**  
Für die liebevolle Teilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes  
**Erich**  
sagen wir den Mitarbeitern der A. G. O., Saal 18, unsern herzlichsten Dank.  
17136  
**Familie Kriehn.**

**Danksgiving.**  
Für die innige Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere seinen Kollegen von der „Union“, sowie dem Gekanzverein „Vedert II“, dem Bahloer (VI Kreis) meinen herzlichsten Dank.  
17035  
Witwe **Anna Bräumer** nebst Kindern.







Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wahlkreis (Südost). Sonntagnachmittag 1 Uhr veran-

Pankow-Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 18. Oktober,

Wahlkreis Schönwalde. Wahlverein Bezirk Pankow. Die

Ober-Schönwalde. Sonntag früh 8 Uhr ist „Vorwärts“

Waidmannslust. Sonntagnachmittag präzis 4 Uhr findet im

Königs-Wusterhausen. Am Sonntagabend Jahlabend und Ab-

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Schutz des von der Regierung bedrohten Selbst-

Was dieser Antrag will und wodurch die Antragsteller sich be-

Herrn Haberland erwiderte unter Genosse Heimann in

Nach Heimann ergriff Oberbürgermeister Kirchner das Wort

Bei der „Großen Berliner Straßenbahn“ hat die von den An-

die Direktoren, den Aufsichtsrat und die Aktionäre der Straßenbahn-

Mit einem neuen „Fall“ im städtischen Obdach hatte sich das

Am 18. September ging bei Hoffmann eine Beschwerde des In-

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit verläuft noch

Stipendien für junge Handwerker. Aus den Mitteln der von

Herr Direktor Busch schreibt uns zu der vorgestern um vom

Wichtig württembergische Arbeiter trafen Mittwochabend zum

Eine Entführung beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Der

den Versuch zu machen, die Einwilligung der Eltern

Die Anzeigepflicht der Ärzte bei Typhus betrifft eine Ent-

Wegen Heiratschwindels wurde ein Kaufmann Hermann Richter,

Der Löwenjahn. Einer der Löwen, die derzeit im Wintergarten

Fünf Laubendiebe wurden nachts auf der Heimkehr von ihren

Ein neuer Schwindel. Festgenommen wurde von der Kriminal-

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den

Gefahr eines Gefährlichen. Ein ungewöhnliches Schauspiel



**Für die königlichen Theater ist der wöchentliche Vorverkauf wieder eingeführt.** Es geht der Presse darüber die folgende offizielle Denkschrift zu: Obgleich der am 13. Dezember 1903 versuchsweise eingeführte Tagesverkauf für den Vorverkauf der königlichen Theater eine wesentliche Einschränkung des Willethandels herbeigeführt hat, so haben sich doch zahlreiche bei der General-Intendantur eingegangene Anfragen für die Wiedereinführung des wöchentlichen Vorverkaufs ausgesprochen. Die General-Intendantur glaubt somit den allgemeinen Wünschen zu entsprechen, wenn sie von Sonntag, den 2. Oktober, an den wöchentlichen Vorverkauf wieder einführt. Dieser Vorverkauf der Willetheater beginnt an jedem Sonntag für alle im Spielplan angekündigten Vorstellungen und erfolgt täglich von 1/11 bis 1 Uhr vormittags und zwar: a) für die Vorstellungen im königlichen Opernhaus an der betreffenden Tageskasse, b) für die im Neuen königlichen Opern-Theater stattfindenden Schauspielvorstellungen an der sogenannten Ratskassette des königlichen Opernhauses. Das Aufgeld wird nur für Sitzplätze erhoben. — Gleichzeitig sei jedoch bemerkt, daß den voraussichtlich jetzt wieder zahlreicher eingehenden Beschwerden wegen des Willethandels ein Verbot nicht mehr gegeben werden kann, falls nicht die allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung gelangen können.

**Zur Metropol-Theater** ging gestern mittag eine wirkungsvoll arrangierte Feier vor sich. Herr Direktor Richard Schulz geleitet 25 Jahre der Bühne an und dies Ereignis wurde durch den erwähnten Festakt begangen. Als Schauspieler war Herr Schulz, der erst 41 Jahre zählt, hier sowohl am Deutschen Theater als unter Vornahme Leim; am Berliner Theater tätig. Dann führte er das Mimodrama „Der verlorene Sohn“ über siebzehn deutsche Bühnen, leitete eine Festschau des Livos-Theater in Bremen und übernahm 1898 in Berlin das Central-Theater. Anfangs ging es hier nicht besonders; das Theater hob sich erst, als mit der „Tollen Nacht“ und ähnlichen Stücken die alte Berliner Fosse neu aufgeladert wurde. Als Herr Schulz später das ebenfalls arg in Verfall geratene Metropol-Theater übernahm, gelang es ihm, auch hier volle Häuser zu erzielen und ein Bombengeschäft zu machen. Namentlich die Revuen, die mit einer in Anbetracht unserer schauerlichen Censurzustände recht selten politischen Satire gewürzt waren, hatten einen großen Erfolg und erreichten mehrfach zahlreiche Aufführungen.

Die Feier zu Ehren des Direktors haben wir und eigentlich etwas anders gedacht, als die Wirklichkeit sie darstellte. Es setzte Ansprachen in großer Zahl, die von glühenden Ehrengaben begleitet waren. Aber diese Ansprachen schienen uns trotz aller Bewegung, mit der sie der Öffentlichkeit übergeben wurden, ein wenig gedreht und förmlich. Worte überströmender Ergebenheit enteilten dem Munde der Sprecher und Sprecherinnen und es fehlte in besonderen Momenten der Beise nicht an Hinweisen auf den Herrn der Weltten dort oben, der wie bisher so auch in Zukunft dem Metropol-Theater und dessen Direktion mit seinem Segen zur Seite stehen möge. Vielleicht erbaut der Direktor dieses Theaters sich gern an solchen Worten, und in diesem Falle ehren wir seinen frommen Glauben. Nützlicher Scharung kam erst in den Festakt, als Herr Freund, der an lustigen Einfällen reiche Revuendichter des Metropol-Theaters mit Versen heranzieht, welche das dem gemüthlichen Singspielchen eben nicht zugeneigte Wesen des Jubilars humorvoll Revue passieren lassen. In bewegter Ansprache dankte Herr Schulz am Schluß seinen Mitarbeitern und Freunden für die zahlreichen Liebesgaben. — Am Abend wurde die zur Zeit gegebene Revue „Ein tolles Jahr“ zum 200. mal aufgeführt.

**Zur Apollo-Theater** gab es gestern eine neue Gesangsburleske „Berliner Luft“. Die Musik ist selbstverständlich von Paul Linde, das Textbuch hat diesmal Herr Benno Jacobsen verfaßt. Offen gestanden, haben wir von Herrn Jacobsen mehr erwartet. In seinen überklügelten Solopremieren im „Vorencourier“ kam er so wunderbar mit blutigen Kalauern jonglierend. Ganz fehlte diese Himmelsgabe auch nicht im Dialog des neuen Stückes; unser Herz quoll vor Dankbarkeit über, als des Dichters lieber Sohn, der diesmal zum Strahnenreiner avancierte Schusterjunge, den mit guter Wehr und Waffen erichtenen Kameraden zurief, das Handwerkszeug in die Ecke zu stellen, da er nicht „im Wesen“ von ihnen scheiden wolle. Aber solche Verse wurden doch nur selten vor das Publikum geworfen. Von wegen der Handlung kommt der Dichter zuweilen ein bißchen in Verlegenheit; namentlich im ersten Akt hapert es. Nicht allenthalben standen da in der Verlegenheitspause die wünschenswerten Kalauer zur Verfügung und dann mußte, wie immer in solchen Fällen, das Ballett ausweichen. Der zweite Akt, der zugleich der letzte war, ging flotter; hier wüthten Robert Steidl, Kettner und Ried gar tolle Dinge auf Tapet zu bringen. Eine Glanzleistung bot Steidl in der Verkündigung eines „miffinglich“ verkleideten Generals a. D.; auch Kettner als ostpreussisches Dienstmädchen und Ried als denkender Löwe konnten in allen Ehren bestehen.

Die Handlung der Burleske läßt sich, da sie, wie zumeist in solchen Sachen, Weirer ist, nur kurz andeuten. Zwei schneidige Baronskinder haben mit einer übrigens recht appetitlichen Zante in Köpenick einen Kampf um deren Richten zu bestehen. Durch tolle Störungen wissen sie die Proklamierung der anderweitigen Verlobung zu hintertreiben; das Stück endet selbstverständlich mit einem großartigen Siege der beiden Berliner Jungen und mit einem noch viel großartigeren Ballett.

Da die Musik von Linde ist, heimelt sie an wie etwas Altbekanntes. Vielerlei und Langbeneden werden namentlich das Rheinländer-Quartett „Ach mein liebes Lieschen“, die Serenade „D. Minetta“ und den Rheinländer „Schenk mir doch ein bißchen Liebe“ populär machen.

In Gesang und Spiel waren nicht nur die in ihrer Fortschreit übertrifftlichen Herren, sondern auch die Damen flott auf dem Posten. Frau Perry fand sich vortrefflich mit der Rolle einer amerikanischen Handlungsreisenden ab und Frau Grimm-Eindshofer war als Löwenbändigerin graußig schön. Vor allen Dingen muß aber Frau Thora genannt werden, die den fideles Straßensehrer Fritz Webbing spielte. Diese Dame hat das Zeug zu einer tüchtigen Soubrette in sich.

Eine „Vollständige Ausstellung für Schule, Haus und Herd“ hat sich draußen in Berlin-Nordost in der Brauerei Friedrichshagen aufgethan. Sie ist veranstaltet von den Vereinen „Waisenhort Berlin“ und „Waisenfreund Charlottenburg“ und zwar zum Besten des von der Deutschen Reichs-Rechtschule zu errichtenden 6. Reichs-Waisenhauses, das in den Dismarken unferes Vaterlandes zur Stärkung des dort hartbedrängten Deutschtums errichtet soll. So steht es zu lesen auf einem weithin sichtbaren Aussenplakat, das vom Königsplatz die Mittelpromenade der Greifswalderstraße überspannt. Wenn man die Ausstattungsräume betritt, erkennt man bald, daß außer dem erhofften Lieberhaus zu Gunsten der Reichs-Rechtschule und des „hartbedrängten Deutschtums“ sowie dem erhofften Profit der kundenstehenden Ausstellerfirmen aus der Möbel-, Nahrungsmittel- usw. Industrie die Sache weiter keinen Zweck hat. Denn die Ausstellung ist nicht anders als gewisse frühere Ausstellungen, die Berlin über sich hat ergehen lassen müssen — nicht schlechter, aber auch nicht besser. Die Abteilung „Schule“ bietet manches, was der Besucher mit Gewinm betrachten wird, wenn er es nicht schon kennt. Aber daneben findet sich in den Abteilungen „Haus und Herd“ vieles, was anzusehen nicht lohnt, sofern man nicht in Besitz der Mittel ist, die es einer glücklichen Minderheit gestattet, sich ihr Heim wohlthätig und ihr Leben beglücklich zu machen. Warum diese Ausstellung „vollständig“ genannt wird, ist uns nicht klar geworden. Sie verdient in ihren Hauptbestandteilen eher eine gegenteilige Bezeichnung. Allgemeinere Interesse kann nur die Abteilung „Schule, Erziehung usw.“ beanspruchen, aber sie ist nicht allzu reich besetzt. Einige Lehrmittel-Handlungen stellen ihre Waren zur Schau, mehrere Vereine haben sich mit einer Darstellung ihrer Ziele und ihrer Leistungen beteiligt. Beachtung verdient, was die Erziehungsanstalt „Urban“ (jetzt in Zehlendorf) vorzuweisen hat. Die von den Jünglingen gefertigten Handarbeiten aller Art zeigen mit erfreulicher Deutlichkeit, wieviel aus „verwahrlosten Kindern“

herausgeholt werden kann, wenn man sich ihnen mit Verständnis und Liebe widmet. Die Ausstellung bestärkt uns in der Meinung, die wir über diese Anstalt bisher gehabt haben. Ein besonderes Interesse werden die Darstellungen der Reichs-Rechtschule: Modelle, Zeichnungen, Photographien zur Veranschaulichung des Betriebs der Reichs-Waisenhäuser. Unter andern sieht man hier auch die Gegenstände, die von Wohlthätern gesammelt werden: Briefmarken, Cigarrenabschnitte, Pfropfen und Kapseln von Weinsflaschen usw. So wird manchen opferwilligen Menschenfreund sein „warmes Herz für die Kinder der Armen“ verleitet haben, aus der Weinsflasche zuweilen ein Glas über den Durst zu trinken, damit sie bald leer wurde und wieder ein neuer Pfropfen nebst Kapsel abfiel.

## Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** Mit dem 1. Oktober d. J. tritt eine wesentliche Erweiterung der Krankenversicherungspflicht hier in Kraft. Schon vor Beratung des diesjährigen Etats wurde von den sozialdemokratischen Vertretern im Kollegium auf eine ortsstatutarische Ausdehnung der Versicherungspflicht, insbesondere der sogenannten Heimarbeiter, hingewiesen, dem nun durch Erlass eines Ortsstatuts nach dieser Richtung hin Rechnung getragen wird. Es gibt, auch jene Personen in die Krankenversicherungs-Anmeldepflicht hineinzubeziehen, die vorher, ohne direkt in einer gewerblichen Arbeitshätte beschäftigt zu sein (Hausindustrie), der Ortskasse als freiwilliges Mitglied angehört haben. Ebenso unterliegen jetzt die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienst beschäftigten Personen (u. a. auch die vom Magistrat beschäftigten Reinmachefrauen) der Versicherungspflicht. Nicht allein müssen die sogenannten Zwischenmeister, die in Schöneberg ihren Wohnsitz haben, vom Fabrikanten (gleich ob die letzteren in Berlin, Nixdorf, Charlottenburg usw. wohnen) zur diesigen Kasse angemeldet werden, auch die Zwischenmeister, auf welche dieselben Voraussetzungen wie bei den Fabrikanten zutreffen, sind vom 1. Oktober ab verpflichtet, die von ihnen in ihren eigenen Wohnungen in Schöneberg beschäftigten Personen (besonders in der Konfektionsbranche) der Krankenversicherungs-Anmeldepflicht zu unterziehen, was natürlich auch auf die in eigener Werkstatt des Zwischenmeisters thätigen Personen zutrifft. Für die Einzahlung der Beiträge haften der Fabrikant sowohl wie der Zwischenmeister in gleicher Weise.

Damit tritt nun ein Zustand ein, der z. B. in unserer Nachbarstadt Berlin schon längere Zeit besteht und auf die Gestaltung der diesigen Orts-Krankenliste hoffentlich nicht ohne belebenden Einfluß bleiben wird.

Gleichzeitig mit dieser Neuordnung hat die Krankenliste in ihrem Rahmen, Hauptstr. 8, die gewöhnlich zeitgemäße Einrichtung einer Auskunftsstelle für Kranke, Invaliden- und Unfallversicherungs-Angelegenheiten getroffen, die wochentäglich von 8 bis 1 Uhr unentgeltlich zur Verfügung steht.

**Ob's was helfen wird?** Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Wie alljährlich, so sind auch die Aufstellung der diesmaligen Wählerlisten eine Reihe Inzutraglichkeiten zu Tage getreten, die sich bei einigem guten Willen an den verantwortlichen Stellen ganz vermeiden oder auf ein geringes Maß beschränken lassen. Wir meinen die korrekte Abfassung der Namen der in die Wählerlisten aufzunehmenden Personen. Als ein Beispiel, wie mangelhaft dabei noch immer verfahren wird, führen wir die jüngste Wahl der III. Abteilung im 9. Bezirk an. Hier ist festgestellt worden, daß 16 Personen wegen unrichtiger Eintragung der Vor- und Zunamen ihr Wahlrecht nicht haben ausüben können. In der Stadtvorordnetenversammlung am Montag wurde nun auf Antrag des Wahlprüfungs-Ausschusses folgende Resolution angenommen: „Der Magistrat wird ersucht, bei der Aufstellung der Wählerlisten künftig mit der größten Genauigkeit zu verfahren.“ — Unzweifelhaft nach werden sich Zurückweisungen am Wahltag nur dann vermeiden lassen, wenn die Wähler bei Einsicht in die Listen selbst genau auf die richtige Schreibweise ihres Namens acht geben und Reklamationen sofort vorbringen.

**Weihensee.** Die diesige Gemeindevertretung hatte in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, in der Nähe der alten Kirche in einem passenden Winkel eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Dies ging aber dem Pfarrrer gegen den Strich und er erhob Protest. Er erklärte diesen Winkel Land für den „landschaftlich schönsten Platz von Weihensee“. Der Platz sei Eigentum der Kirche; er gebe den pfarrherrlichen Rat, die Bedürfnisanstalt an der Ecke der Berliner- und Falkenbergstraße aufzustellen. Dagegen wandte sich aber wiederum die Gemeindevertretung; sie beauftragte einige Herren, den Separationsplan von 1823 einzusehen, in welchem jeder Fuß Land resp. dessen Eigentümer angegeben ist; so hofft man vielleicht doch zum Ziele zu gelangen.

**Das Schicksal der Potsdamer Straßenbahn** dürfte nun endgültig entschieden sein. Der Kaiser hat es abgelehnt, die Genehmigung dazu zu erteilen, daß über die Lange Brücke hinweg der elektrische Betrieb eingeführt wird und wird deshalb, falls die Stadt die Pferdebahn in eine elektrische Bahn umwandeln und diese bis zum Bahnhof fortführen will, der Bau einer zweiten Havelbrücke verlangt. In einer außerordentlichen, schleunigst einberufenen Sitzung der für die Einführung des elektrischen Betriebes bei der Straßenbahn eingesetzten gemischten Kommission war man von dieser nach langen Verhandlungen mit der Staatsregierung erfolgten endgültigen Entscheidung sehr niedergeschlagen. Mit großen Opfern hat die Stadt Potsdam am 1. Januar d. J. die Straßenbahn in eigene Regie übernommen in der Hoffnung, daß es dennoch gelingen werde, den Widerstand gegen die Benutzung der Lange Brücke für den elektrischen Betrieb zu besiegen. Die Einführung des letzteren wird aber bedingt durch die Inaktive Ausnutzung des neuen städtischen Elektrizitätswerkes. Jetzt steht nun die Stadt vor der Frage, ob sie mit großen Kosten eine neue Havelbrücke neben der Lange Brücke bauen will oder nach wie vor den Pferdebahnbetrieb aufrecht zu halten gedenkt.

**Nixdorf.** Ein schweres Missethatverbrechen ist an dem vierjährigen Töchterchen des Schriftsetzers Simon A. verübt worden. Ein noch nicht ermittelter Unhold hat das Kind auf der Straße an sich gelockt, nach einem Neubau verschleppt und sich dort an dem kleinen Mädchen schwer vergangen. Das Kind ist infolgedessen von einer schweren Geschlechtskrankheit befallen worden. Man glaubt auf der Spur des Thäters zu sein.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich in der Wanzischstraße. Von dem Neubau Nr. 15 stürzte der 30jährige Maurer Dolar Gerlach aus der Griebenowstr. 2 in Berlin aus dem vierten Stockwerk infolge eines Pfeiltritts auf die Straße hinab, wo er schwerverletzt aufgehoben und dann nach dem städtischen Krankenhaus geschafft wurde.

## Gerichts-Zeitung.

Zur Sache der „Prinzessin und Kammerfrau“ wird uns gemeldet, daß Rechtsanwält Dr. Lubzinsky als Verteidiger der am Dienstag in Haft genommenen Angeklagten Klara S. i. n. m. mehrer Gastenklaffungsantrag unter Anbieten einer Kaution gestellt hat. Begründet ist der Antrag besonders mit dem derzeitigen gefährlichen Zustande, in welchem sich die Angeklagte infolge der Verhaftung befindet. Die Angeklagte, die vor den Augen ihrer nächsten Anverwandten und ihres Bräutigams, mit dem sie sich in nächster Zeit zu verehelichen gedachte, plötzlich verhaftet wurde, ist schwer erkrankt. Sie hatte bereits infolge der Aufregungen bei ihrer ersten Verhaftung und Abschlebung aus Kairo eine lange Krankheit durchmachen müssen, so daß schließlich im Sommer dieses Jahres eine schwere Nierenoperation durch Professor Lesser notwendig wurde, nach der sie Wochen lang zwischen Tod und Leben schwelte. Erst kurz vor der letzten Hauptverhandlung hatte sie das Krankbett verlassen. Durch die plötzliche Verhaftung und Internierung

ist das alte Leiden in verstärktem Maße zum Ausbruch gekommen, so daß die Gefängnisverwaltung ihr jetzt bereits den Gebrauch ihres eignen Bettes und eine ihrem Gesundheitszustande entsprechende Beschäftigung zugestanden hat.

In unserm gestrigen Bericht über den Erpressungs-Prozeß Diesner muß es Spalte 3, dritte Zeile, heißen: ... Der Angeklagte müsse deshalb aus denselben Gründen freigesprochen werden, aus denen die Erpressung falch. Nimmt man also selbst mit der neuesten Rechtsprechung des Reichsgerichts an, daß auch Handlungen des Arbeiters gegen den Arbeitgeber unter den § 153 der Gewerbeordnung fallen, so müße aus den vorgenannten Gründen die Anwendung des § 153 vorliegend ausbleiben.

## Vermischtes.

**Eine neue Typhusepidemie.** Seit einigen Tagen herrscht in Dirschau in der Neustadt im nördlich vom Bahnhof gelegenen Stadtteile eine Typhusepidemie unter den in amtlischen Gebäuden wohnenden Eisenbahndienstleuten. Es sind bisher 23 Erkrankungen und ein Todesfall zu verzeichnen. In den letzten 24 Stunden ist keine neue Erkrankung gemeldet worden. Von den Polizeibehörden und der Eisenbahnbetriebsinspektion sind umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, um eine weitere Verbreitung der Seuche zu verhindern. Die Dielengraben ist als verunreinigt erklärt worden.

In Detmold nimmt der Typhus noch immer zu. In den letzten zwei Tagen sind 23 neue Fälle angemeldet worden. 30 Personen sind als geheilt entlassen, gestorben sind drei Personen. Der Krankenbestand am Mittwoch war 608.

**Opfer der Arbeit.** Auf Schacht 5 der Zeche General Blumenthal bei Redlinghausen führte gestern Abend infolge Durchbruchs des Schachtboles eine Mannerbühne mit zehn darauf befindlichen Personen über 40 Meter in die Tiefe. Acht Arbeiter wurden getötet, zwei schwer verletzt; alle sind Familienväter.

Zu Biella (Piemont) kamen durch Einsturz eines Gewölbes in einer Tuchfabrik fünf Personen um, darunter ein Mitbesitzer der Fabrik; mehrere andre erlitten Verletzungen. Drei Arbeiter waren bis zum Mittwochabend noch nicht aus den Krümmern hervor gezogen.

Ein Besatz an Bord eines englischen Schiffes. Der „Dach Telegraph“ berichtet, daß an Bord des in der Lyne-Mündung im nördlichen England eingetroffenen englischen Dampfers „Bishops gate“ ein Fall von Deutepesie vorgekommen sei. Der Dampfer sei kürzlich in Hamburg, weil nach seiner Ankunft vom La-Plata tot Matten auf ihm vorgefunden wurden, ausgerüstet worden; ein dort an Bord gegangener deutscher Bootsmannschaft sei jetzt in Harrow als pestkrank ausgeschifft worden.

**Die Cholera im östlichen Rußland.** Nach amtlicher Meldung sind in Saratow in der Zeit vom 17. bis 27. September neun Personen an der Cholera erkrankt und davon drei gestorben. In Transkaukasien und in Waku hat die Cholera in der vorigen Woche zugenommen; in Waku sind seit dem Auftreten der Cholera 67 Personen an derselben erkrankt und 33 gestorben.

**Der Ballon „Andrée“**, der Dienstagmorgens in Stockholm mit zwei Insassen aufgestiegen war, ist, wie aus Stockholm berichtet wird, Mittwochmorgens 4 1/2 Uhr vier Meilen von Dornsföldsbo wohlbehalten gelandet.

## Briefkasten der Redaktion.

**P. S. 211.** Wir konnten die Urteile nur so berichten, wie die beiden Kammerer sie gefällt haben. Selbstverständlich gilt die grundsätzliche Entscheidung, daß der ausbrechliche Kündigungsausschluß von der Frage der Lohnform nicht berührt wird, für beide Parteien. Dagegen wird die Frage des Schadenersatzes durch die Entscheidung unberührt gelassen. In den vorliegenden beiden Urteilen ist nur ausgesprochen, daß das, was die Entlassenen auf dem Accord erhalten hatten, der vereinbarten Bezahlung im der-gelassenen Arbeit entsprach.

### Juristische Zeil.

**Die juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. **Eintrittsgeld: 7 Uhr.**

**K. G. 5.** Ihre Frau ist nicht krankensicherungs-pflichtig. — **John 17.** 1. Ohne gerichtliches Urteil oder Geschloßbescheid (Arrêt, einstweilige Verfügung u. dergl.) oder einen sonstigen vollstreckbaren Titel (z. B. gerichtliches Urteil, notariellen Vollstreckungstitel) kann nicht gepfändet werden. 2. Rein. — **W. K. 1.** Ein Verleumdungsdelikt ist 30 Jahre alt. 2. Hat ein Ehefrau sich heirath gemacht, so bleibt sie heirath, auch wenn ihre Ehe aufgelöst wird. — **P. S. 100.** Rein. — **H. S.** Der Verlobungsring kann innerhalb eines Jahres nach aufgehobener Verlobung zurückverlangt werden. — **Gesetze, Literatur.** Literatur kann erst vom zurückgelegten 70. Jahre verlangt werden. Die Erwerbsunfähigkeit vor, so kann Invalidenrent beantragt werden. — **W. M. 1000.** Sie sind ohne Zweifel im Recht. — **Steglis 2.** **R. 30.** 1. und 2. Ja. — **M. K. 81.** Wer sagt, die Ehehatten bestehen, aus denen er Rechte herleiten will; im Scheidungs-Prozeß wäre also der Ehehatten-Grund vom Kläger zu beweisen. Die Partei-Eid ist als Beweismittel im Scheidungs-Prozeß unzulässig. Grob-Verleumdungen können als Scheidungsgrund erachtet werden. In Betracht kommt die behauptete Beschäftigung des 3. 156 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, nach der ein Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn der andre Ehegatte durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch eheliche oder mittelbare Verhinderung eine so tiefe Verwundung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hat, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. — **H. S. 26.** Sie müßten das Haus in ordnungsmäßigem Zustande übergeben; eine besonders gründliche Reinigung ist nicht erforderlich. — **R. K. 36.** 1. Sie könnten nur Befreiung des Uebelstandes verlangen, dem Wert eine Frist setzen, innerhalb deren die im Uebelstande Mitbewohner zu entfernen sind, andernfalls, daß Sie nach fruchtlosem Ablauf der Frist die Befreiung selbst vornehmen würden und Ihre Drohung ausführen. 2. Ja; unter 7. R. 100 ist das gelehrt, was zur Befreiung des Mitbewohners berechtigt ist. — **G. Rein.** — **P. S. 100.** Um sich Weiler in Verbindung mit der Befreiung eines Handwerks nehmen zu dürfen, also Kleinrentmeister, Schuhmachermeister und dergl. in die Ablegung einer Weilerprüfung erforderlich. Eine Ausnahme besteht für diejenigen, die bereits vor dem 1. Oktober 1901 ein Handwerk selbstständig ausübten und in diesem Gewerbe die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besaßen. Sie müßten also die Prüfung ablegen oder dürfen sich nur Weiler ohne Befreiung eines Handwerks nennen. — **H. S. 100.** Die Weiler für den gesamten Zeitraum müßten Sie auf Verlangen zahlen oder hinterlegen. — **Kernmann.** 1. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, weil dem Beklagten die Gründe der Wahrnehmung berechtigter Interessen zuzust. 2. Das Mithilungsgesetz wäre bei dem Gerichte anzuwenden, hätte aber keine Aussicht auf Erfolg. — **P. S. 2.** Ihre Frau kann auf Herausgabe des Koffers mit Aussicht auf Erfolg klagen. Das die Abrede (es gleiche sich mit der Arbeit aus um) getroffen ist, hat sie zu beweisen. — **G. M. 17.** Ein polizeiliches Führungsdelikt giebt die Bestrafungen an, nicht das von Ihnen Erwähnte. — **K. S. K. Rein.** — **Neue Richter.** 59. Eine Schadenersatzklage der Arbeiter gegen den Arbeitgeber, der sie veranlaßt hat, vor Beschäftigung des andern Arbeitsoverhältnisses bei ihm in Arbeit zu treten, wäre erfolglos. — **M. 23.** Haben Sie einen Anzug bestellt und bezahlt und einen nicht passenden Anzug erhalten, so können Sie dem Weiler eine Frist setzen, innerhalb deren er einen passenden Anzug Ihnen fertige oder den Anzug passend mache, andernfalls sie vom Vertrag zurücktreten, Rückgabe des Kaufpreises und Schadenersatz verlangen würden. Diese Drohung führen Sie dann aus. Zuständig ist das Amtsgericht. — **G. P. 36.** Ja. — **P. 36.** § 296 droht Strafen von einem Tag Gefängnis oder 3 Mark Geldstrafe bis zu zwei Jahren Gefängnis oder 3000 Mark Geldstrafe an. —

**Marktpreise von Berlin am 28. September.** Nach Ermittlungen des Hl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,50—17,48 M., mittel 17,46—17,44 M., geringe 17,42—17,40 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,90—13,90 M., mittel 13,90—13,90 M., geringe 13,90—13,90 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 15,60—14,60 M., mittel 14,50 bis 14,60 M., geringe 14,50—14,60 M. Hafer\*\*, gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,90 M., geringe 14,90—14,10 M. Gerste, zum Kochen 40,00—38,00 M. Speldeböden, weisse 30,00—25,00 M. Vinkel 60,00—25,00 M. Karloffeln 11,00—7,00 M. Rüböl 4,50—4,16 M. Fett 9,20—7,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schod 4,50—3,20 M. \*) Drei Bogen und ab Rechn. \*\*) Ab Bahn.

**Wasserstand am 28. September.** Elbe bei Hirschberg — 0,56 Meter, bei Dresden — 1,99 Meter, bei Magdeburg + 0,30 Meter. — Ufer bei Straußfurt + 0,65 Meter. — D bei bei Kallbor + 1,11 Meter, bei Prossau Ober-Pegel + 4,74 Meter, bei Prossau Unter-Pegel — 1,54 Meter, bei Prossau + 0,66 Meter. — Elbe bei bei Brahenmünde + 3,12 Meter. — Saartze bei Posen — 0,14 Meter. Nege bei Ulf + 0,00 Meter.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung der Bauanschläger

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Unser Tarif. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Morgensprache d. Schraubendreher

bei Schröder, Drangelstr. 136.

Montag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Anherordentliche General-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerbegerichtswahlen.  
2. Bericht über den Gärter- und Drückerstreik.  
Zahlreichen Besuch erwartet

121/16

Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Freitag, den 7. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

## General-Versammlung

im Saal VIII des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Kassieren. 2. Vortrag des Schriftstellers Dr. Rudolf Steiner über: „Geschichtsauffassung“. 3. Diskussion. 4. Ergänzungswahl der Kassieren. 5. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert

Beiträge werden entgegengenommen.

# Achtung! Maurer! Achtung!

Wie bekannt, tritt mit Anfang der ersten vollen Woche im Oktober eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde ein.

Die gütigen Arbeitsbedingungen schreiben vor, daß früh 7 Uhr die Arbeit begonnen wird und abends 1/2 6 Uhr endet, unter Innehaltung einer halbstündigen Frühstücks-, einer einstuündigen Mittags- und einer halbstündigen Vesperpause.

NB. Laut § 4 des Vertrages ist in der Zeit vom 1.-15. Oktober noch eine halbstündige Vesperpause. Gemäß dieser Bestimmung muß an den Sonnabenden, welche in dieser Zeit liegen, um 4 1/2 Uhr Feierabend sein.

Abweichungen von dieser Arbeitszeit sind uns sofort mitzuteilen.

Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Ahtzener-Kommission.  
J. A.: Emil Thöns.

## Mitteilung

an alle in der Gips- u. Cementbranche besch. Kollegen.

Trotzdem mit Ende September dieses Jahres unser Vertrag zu Ende geht, regelt sich für die Kollegen unserer Branche die Arbeitszeit entsprechend den Vertragsbestimmungen der Maurer. Indem wir unsere Kollegen ersuchen, streng auf diese Bestimmungen zu achten, erwarten wir, daß in Fällen, wo die Unternehmer Abänderungen bestimmen wollen, uns sofort Mitteilung gemacht wird.

Der Vorstand der Sektion der Gips- u. Cementbranche.  
J. A.: Wilh. Fritsch.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

## Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.

Die Zahlstelle 5 bei Bachgänger, Swinemünderstraße 34, befindet sich vom 1. Oktober ab bei G. Hoffmann, Swinemünderstraße 47.  
Der Obmann des Bezirks, Kollege L. Hube, wohnt jetzt Sandhüterstraße 3.

## Öfen.

Die Zahlstelle 34 wird von der Königsbergerstraße 7 nach Gubenerstraße 6 bei Hermann Classe verlegt.

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57.

(2. Eingang Gormannstr. 28.)

Geföffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telephon III 1296.

## Beschließende Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die neuesten Ausprägungen in der Gelbmetall-Industrie. 2. Die Gewerbegerichtswahlen. — Aufstellung eines Kandidaten. 3. Gewerkschaftliches. — Aufnahme neuer Mitglieder.  
Laut Verwaltungsbeschluss wird die Versammlung pünktlich 10 Uhr eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Gleichzeitig weisen wir auf die am Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Englischen Garten stattfindende Monatsversammlung hin.  
Die Ortsverwaltung.

## Tischlerverein zu Berlin.

(G. S. Nr. 89.)

Sonntag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 199/7  
Verkauf der Billets zum 33. Stiftungsfest  
am Sonnabend, den 8. Oktober, in Sandsonci, Kottbuserstraße 4a.  
Rege Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Soeben erschienen: 5012\*

## Parlamentarismus und Generalstreik.

Stenogramm der Rede des Genossen

Dr. R. Friedeberg

gehalten am 3. August 1904 in Kellers Festsälen.

Mit einem Vorwort.

Die Broschüre ist 32 Seiten stark mit Umschlag und im Einzelverkauf für 10 Pfennige in der Expedition „Die Einigkeit“, Franzstr. 2, der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 69, sowie in allen Buchhandlungen und bei allen Kolporteurs zu haben. Verlag „Die Einigkeit“.

## H. Preuss, Swinemünderstr. 66, I. Etage.

Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6949)  
bekannte billigste Bezugsquelle. Händler, Neu-Etablierungen etc.  
Specialität: Pre-Ussina-Cigarren  
gefehllich gef. Specialmarken J. Reimer, in allen Preislagen überall käuflich.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.\*

Vom 1. Oktober ab halte ich Karl-

Str. 20a (im Hause der Kaiser-

Friedrich-Apotheke) täglich von

1/2 2-1/2, 3 eine Vollst. für Kinder-

Krantheiten ab. 32/7\*

Dr. Paul Marcuse,

Kr. Kinderarzt,

N., Brunnen-Strasse 135.

8-9, 1/2 5-6, außer Mittwochs.

## Frische Blut- u. Leber-

## Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.

Rich. Augustin, Lindenstr. 89,  
Kof. barterre.

Frühstücks- und Mittagstisch.  
Sitzungsnummer. Tel. Amt IV, 9927.

## Achtung! Luxuspapierbranche! Achtung!

Heute, Freitag, den 30. Septbr., abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

## Oeffentliche Versammlung

aller in der Luxuspapierbranche, Kartonpapierfabriken etc. beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Der Streik in der Luxuspapierbranche. 2. Diskussion und Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Lokalkommission.

## Bauarbeiter

Berlins und Umgegend.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.  
**Steinträger, Putzerträger und Fahrstuhlarbeiter.**

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19/20:

## Große kombinierte Versammlung.

Tagesordnung: 1. Das Accordsystem, seine Licht- und Schattenseiten. Referent: Kollege G. Heinemann.  
2. Diskussion. 3. Das Verhalten einzelner Kolonnenführer in letzterer Zeit. 4. Verschiedenes.

## Lohnarbeiter.

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:

## Große Versammlung

aller zu Zeitlohn beschäftigten Arbeiter auf Bauten.  
Tagesordnung: 1. Die Organisation unter den Lohnarbeitern und ihre Aufgaben in der Zukunft. Referent: Kollege R. Heidemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

## Musikinstrumenten-Arbeiter!

Sonntag, den 2. Oktober, mittags 12 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Der Stand unserer Lohnbewegung.

Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen. 89/15\*

Die Vertrauensleute der Musikinstrumenten-Arbeiter aus allen Betrieben versammeln sich am Sonntagmorgen 10 Uhr bei Keller, Koppenstraße 29.

Die Branchen-Kommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.  
Die Agitationskommission des Fachvereins. Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

## Central-Verband der Maurer.

(Zweigverein Berlin. Sektion Putzer.)  
Am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bekanntgabe des Resultats der letzten Bautenkontrolle und was lehrt uns dasselbe? 2. Die bevorstehende Gewerbegerichtswahl. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die örtliche Verwaltung. J. A.: D. Neumann.

## Central-Verband der Maurer, Zweigverein Berlin

(Sektion Putzer), C., Rosenthalerstraße 67.

## Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Zufolge des von dem Magistrat hierüber am 15. Januar 1904 erlassenen, durch den Bezirksausschuß zu Potsdam vom 19. April 1904 genehmigten Ortsstatuts werden vom 1. Oktober 1904 ab

- a) selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie) und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen;
- b) die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienst beschäftigten Personen, auf welche die Anwendung des § 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes nicht durch anderweitige reichsgesetzliche Vorschriften erstreckt ist, Krankenversicherungspflichtig.

Andem wir das den Beteiligten zur Kenntnis bringen und auf die amtliche Bekanntmachung im Nr. 208 des „Schöneberger Tageblattes“ besonders verweisen, erlauben wir, die erstmaligen Anmeldungen bis spätestens am 4. Oktober 1904 bei uns zu bewirken.

Die Anmeldebformulare halten wir im Kassensaal vorrätig und geben dieselben gegen Erstattung der üblichen Kosten ab.

Für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen (Konfektionsbranche etc.) bemerken wir, daß

- a) der Fabrikant jeden in Schöneberg für seine Rechnung thätigen Zwischenmeister zur Anmeldung bringen muß, ihn auch abzumelden hat. Es spielt keine Rolle, ob der Fabrikant in Berlin, Charlottenburg, Niddor oder Schöneberg selbst sein Gewerbe betreibt.
- b) der Zwischenmeister, gleichviel, wo derselbe auch seine Arbeitstätte haben möge, alle diejenigen Hausindustriellen zu melden verpflichtet ist, welche in ihrer eigenen, in Schöneberg belegenen Wohnung für ihn thätig sind. Es kommt also auch hier nicht darauf an, ob diese Hausindustriellen für Schöneberger, Berliner, Charlottenburger, Niddor oder Schöneberger Zwischenmeister thätig sind. Es sind alleamt bei der diesseitigen Kasse versicherungspflichtig.

Die in Schöneberg wohnenden Zwischenmeister ersuchen wir zu beachten, daß auch diejenigen Personen bei uns zu melden sind, welche in der Werkstatt des Zwischenmeisters beschäftigt werden.

Die Meldungen sind in dreifacher Ausfertigung zu erstatten. Die Beiträge werden durch Klassenboten im Geschäftsbüro des Fabrikanten eingezogen. Der Fabrikant wie der Zwischenmeister halten für die Einzahlung der Beiträge in gleicher Weise.

Am Anschluß hieran bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß wir im Kassensaal in Schöneberg, Hauptstr. 8, mit dem 1. Oktober 1904 eine öffentliche Auskunftsstelle errichten werden, in der über alle die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung betreffende Fragen u. n. e. n. g. e. l. l. i. c. h. Auskunft erteilt wird. Sprechstunden wochentäglich von 8-1 Uhr.  
275/17 Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse Weißensee.

Die in der Generalversammlung vom 27. April 1904 beschlossenen neuen Statutenänderungen sind von dem Bezirksausschuß zu Potsdam am 18. August 1904 genehmigt worden. Dieselben treten am 1. Oktober 1904 in Kraft.

Vorstehendes bringen wir hierdurch unseren Mitgliedern sowie den Angehörigen zur Kenntnis und ersuchen, Statuten-Exemplare im Kassensaal hier selbst, König-Charlottenstr. 23, in Empfang nehmen zu wollen.  
Der Vorstand. 275/9\*  
J. A.: W. A. Büttner, Vorsitzender.

## Möbel, 2052\*

ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig. Eigne Tischler-Werkstatt.  
Berlin O.,  
Wiehr, Petersburgerstr. 62.

## Bruch-Pollmann

empfehl. sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspendors, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse.

Eigne Werkstatt. Referent: Orts-Krankenkassen Berlin O.,  
30. Finien-Str. 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bändern, angenehm und weich am Körper. 66632\*

## Kranz- u. Blumenbinderei

von H. Eckert,  
98. Kottbuser Damm 98.\*

## Kranz- und Blumenbinderei

von H. Rodewald,  
Alexandrienerstrasse 1a.

Kränze mit Blumenschleifen  
Kranz zu Festlichkeiten, Pausen-  
Zugpflanz jeder Art etc. preiswert



